

Jahresabschluss

zum 31. Dezember 2013



der
Land

Stadtsparkasse Rheine
Nordrhein-Westfalen

	EUR	EUR	EUR	31.12.2012 TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		8.828.630,70		9.449
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		7.687.250,52		7.237
			16.515.881,22	16.685
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		0,00		0
b) Wechsel		0,00		0
			0,00	0
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		73.527.939,60		76.524
b) andere Forderungen		101.942.983,52		79.824
			175.470.923,12	156.348
4. Forderungen an Kunden			703.305.773,74	660.800
darunter:				
durch Grundpfandrechte gesichert	427.346.927,74	EUR		(429.173)
Kommunalkredite	6.537.025,89	EUR		(7.595)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		0,00		0
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00	EUR		(0)
ab) von anderen Emittenten		0,00		0
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00	EUR		(0)
			0,00	0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		20.681.225,61		10.497
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	20.681.225,61	EUR		(10.497)
bb) von anderen Emittenten		212.168.295,98		205.408
darunter:				
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	212.168.295,98	EUR		(205.408)
			232.849.521,59	215.905
c) eigene Schuldverschreibungen			0,00	0
Nennbetrag	0,00	EUR		(0)
			232.849.521,59	215.905
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				
6a. Handelsbestand			142.936.629,54	138.727
7. Beteiligungen			0,00	0
darunter:			9.520.151,00	9.550
an Kreditinstituten	0,00	EUR		(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00	EUR		(0)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			1,00	300
darunter:				
an Kreditinstituten	0,00	EUR		(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00	EUR		(0)
9. Treuhandvermögen			11.380,38	13
darunter:				
Treuhandkredite	11.380,38	EUR		(13)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		66.017,00		77
c) Geschäfts- oder Firmenwert		0,00		0
d) geleistete Anzahlungen		0,00		0
			66.017,00	77
12. Sachanlagen			7.508.696,21	7.731
13. Sonstige Vermögensgegenstände			1.158.689,44	1.371
14. Rechnungsabgrenzungsposten			588.678,31	929
Summe der Aktiva			1.289.932.342,55	1.208.435

Passivseite

	EUR	EUR	EUR	31.12.2012 TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		6.996,84		40
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		327.354.259,36		348.247
			327.361.256,20	348.288
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	282.754.027,91			270.014
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	2.979.014,65			2.780
		285.733.042,56		272.794
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	397.070.865,53			335.149
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	133.029.727,46			150.388
		530.100.592,99		485.537
			815.833.635,55	758.331
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		0,00		0
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		0,00		0
darunter:				
Geldmarktpapiere	0,00 EUR			(0)
eigene Akzente und Solawechsel im Umlauf	0,00 EUR			(0)
			0,00	0
3a. Handelsbestand			0,00	0
4. Treuhandverbindlichkeiten			11.380,38	13
darunter:				
Treuhandkredite	11.380,38 EUR			(13)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			646.992,53	1.677
6. Rechnungsabgrenzungsposten			890.995,65	1.343
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		8.102.184,00		7.702
b) Steuerrückstellungen		576.000,00		0
c) andere Rückstellungen		3.981.668,65		4.207
			12.659.852,65	11.910
8. Sonderposten mit Rücklageanteil			0,00	0
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			0,00	0
10. Genusssrechtskapital			0,00	0
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	0,00 EUR			(0)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			77.900.000,00	33.084
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		0,00		0
b) Kapitalrücklage		0,00		0
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	52.250.317,18			52.226
cb) andere Rücklagen	1.539.493,21			1.539
		53.789.810,39		53.765
d) Bilanzgewinn		838.419,20		25
			54.628.229,59	53.790
Summe der Passiva			1.289.932.342,55	1.208.435
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln		0,00		0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		17.998.763,87		17.453
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		0,00		0
			17.998.763,87	17.453
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0,00		0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		0,00		0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		36.857.817,34		32.358
			36.857.817,34	32.358

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013**

	EUR	EUR	EUR	1.1.-31.12.2012 TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	34.315.064,85			37.143
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	6.930.283,58			7.647
		41.245.348,43		44.790
2. Zinsaufwendungen		18.092.081,94		22.989
darunter: aus der Aufzinsung von Rückstellungen	481.100,26 EUR		23.153.266,49	(447)
				21.801
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		4.199.904,24		4.411
b) Beteiligungen		350.352,78		271
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		0,00		0
			4.550.257,02	4.683
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnab- führungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			0,00	0
5. Provisionserträge		5.571.723,02		5.435
6. Provisionsaufwendungen		367.399,69		372
			5.204.323,33	5.063
7. Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands			0,00	0
8. Sonstige betriebliche Erträge			604.990,90	632
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil			0,00	0
			33.512.837,74	32.178
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	8.981.776,54			8.950
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung	2.879.052,80			3.294
	1.152.041,30 EUR			(1.659)
		11.860.829,34		12.244
b) andere Verwaltungsaufwendungen		5.364.718,12		4.854
			17.225.547,46	17.098
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			786.850,86	815
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			214.071,86	183
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		0,00		793
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		35.520.318,34		0
			35.520.318,34	793
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		345.998,00		1.708
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		0,00		0
			345.998,00	1.708
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			0,00	0
18. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken			44.816.000,00	7.964
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			5.644.687,90	3.618
20. Außerordentliche Erträge		0,00		0
21. Außerordentliche Aufwendungen		0,00		0
22. Außerordentliches Ergebnis			0,00	0
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		4.755.438,12		3.549
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		50.830,58		44
			4.806.268,70	3.593
25. Jahresüberschuss			838.419,20	25
26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr			0,00	0
			838.419,20	25
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Sicherheitsrücklage		0,00		0
b) aus anderen Rücklagen		0,00		0
			0,00	0
			838.419,20	25
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage		0,00		0
b) in andere Rücklagen		0,00		0
			0,00	0
29. Bilanzgewinn			838.419,20	25

Anhang

Vorbemerkungen

Der Jahresabschluss zum 31.12.2013 wurde auf der Grundlage des Handelsgesetzbuchs (HGB) unter Beachtung der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt.

A. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die auf den vorhergehenden Jahresabschluss angewendeten Ansatz- und Bewertungsmethoden werden grundsätzlich angewendet. Sofern sich Abweichungen ergeben haben, wird in den jeweiligen Abschnitten darauf hingewiesen.

Die Bilanzierung und Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgt gemäß den §§ 246 ff. und §§ 340 ff. HGB.

Forderungen

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden haben wir zum Nennwert bilanziert. Bei der Auszahlung von Darlehen einbehaltene Disagien werden kapitalanteilig über die vereinbarte gesamte Darlehenslaufzeit bzw. auf die Dauer der Festzinsvereinbarung verteilt.

Von Dritten erworbene Schuldscheindarlehen, die dem Geldanlagezweck dienen, werden mit den Anschaffungskosten angesetzt. Erkennbaren Risiken aus Forderungen wurde durch deren Bewertung nach den Grundsätzen kaufmännischer Vorsicht ausreichend Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen und Vorsorgereserven.

Wertpapiere

Die Wertpapiere werden zu den Anschaffungskosten bewertet, soweit die beizulegenden Werte am Bilanzstichtag nicht niedriger sind (strenges Niederstwertprinzip). Wertpapiere, die dem Anlagevermögen zugeordnet wurden, werden ebenfalls zu den Anschaffungskosten bzw. zu den fortgeführten Buchwerten angesetzt; Abschreibungen werden nur dann vorgenommen, wenn der beizulegende Wert voraussichtlich dauerhaft unter dem letzten Buchwert bzw. den Anschaffungskosten lag ("gemildertes Niederstwertprinzip"). Dadurch konnten ergebniswirksame Abschreibungen von TEUR 814 vermieden werden.

Wir haben unsere Wertpapiere daraufhin untersucht, ob zum Bilanzstichtag ein aktiver Markt besteht oder der Markt als inaktiv anzusehen ist. Dabei haben wir die Marktverhältnisse in enger zeitlicher Nähe zum Bilanzstichtag einbezogen. Für einen Teil unseres zinsbezogenen Wertpapierbestands waren die Märkte nur eingeschränkt als aktiv anzusehen. Für die Bewertung haben wir auf die von den Emittenten zum Jahresende gestellten indikativen Kurse abgestellt. Diese haben wir vollständig mithilfe eines Bewertungsmodells einer Plausibilitätskontrolle unterzogen. Die durch das DCF Modell ermittelten Werte wichen unter Berücksichtigung der jeweiligen Ausstattungsmerkmale nicht nennenswert von den in unserem System eingestellten indikativen Kurse ab.

Für die an einem aktiven Markt gehandelten Wertpapiere wurde der Börsen-/Marktpreis zum Abschlussstichtag verwendet.

Für Investmentfondsanteile haben wir als beizulegenden Wert den investimentrechtlichen Rücknahmepreis angesetzt.

Die unternehmensindividuelle Festsetzung wesentlicher Bewertungsparameter ist mit Ermessensentscheidungen verbunden, die trotz sachgerechter Ermessensausübung im Vergleich mit aktiven Märkten zu deutlich höheren Schätzunsicherheiten führen können. Bei der Bewertung unserer Wertpapiere haben wir die Anforderungen aus dem Rechnungslegungshinweis des Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) e. V. "Umwidmung und Bewertung von Forderungen und Wertpapieren nach HGB" (IDW RH HFA 1.014) beachtet.

Strukturierte Finanzinstrumente

Strukturierte Finanzinstrumente werden grundsätzlich als einheitlicher Vermögensgegenstand bilanziert. Liegen die Voraussetzungen für eine einheitliche Bewertung nicht vor, werden die strukturierten Finanzinstrumente für Zwecke der Bewertung in ihre Bestandteile zerlegt.

Strukturierte Wertpapiere

Am Bilanzstichtag halten wir EUR 123,3 Mio (Nominalwerte) strukturierte Wertpapiere im Bestand, die hinsichtlich ihrer Verzinsung besondere Ausstattungsmerkmale aufweisen.

Strukturierte Schuldscheindarlehen

Wir halten am Bilanzstichtag EUR 101,0 Mio (Nominalwerte) strukturierte Schuldscheindarlehen im Bestand. Die kapitalgarantierten Schuldscheindarlehen weisen im Vergleich zu nicht strukturierten Finanzinstrumenten hinsichtlich ihrer Verzinsung, ihrer Laufzeit und/oder ihrer Rückzahlung besondere Ausstattungsmerkmale auf. Im Falle einer dauerhaften Zinslosigkeit erfolgt eine Abzinsung dieser Zinsstrukturen.

Anteilsbesitz

Anteile an verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert; bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen.

Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Die immateriellen Anlagewerte und die Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer, bilanziert. Aus Vereinfachungsgründen werden in Anlehnung an die steuerlichen Regelungen Vermögensgegenstände von geringerem Wert (bis EUR 150) sofort als Sachaufwand erfasst und geringwertige Vermögensgegenstände (bis EUR 1.000) in einen Sammelposten eingestellt, der über einen Zeitraum von fünf Jahren gewinnmindernd aufgelöst wird.

Wir haben entgeltlich erworbene Software nach den Vorgaben der IDW-Stellungnahme zur Rechnungslegung „Bilanzierung von Software beim Anwender“ (IDW RS HFA 11) unter dem Bilanzposten „Immaterielle Anlagewerte“ ausgewiesen.

Die Gebäude werden grundsätzlich linear abgeschrieben. Für das Hauptstellen- und zwei Geschäftsstellengebäude wird die degressive Abschreibung fortgeführt.

Für Bauten auf fremdem Grund und Boden sowie Einbauten in gemieteten Gebäuden wird die Vertragsdauer zugrunde gelegt, wenn sie kürzer ist als die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer bzw. als die für Gebäude geltende Abschreibungsdauer.

Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung einschließlich Betriebsvorrichtungen werden linear abgeschrieben. Im Jahr der Anschaffung wird die zeitanteilige Jahresabschreibung verrechnet.

Gemäß Artikel 67 Abs. 4 Satz 1 EGHGB führen wir für die bisher nach steuerrechtlichen Vorschriften bewerteten Vermögensgegenstände, die zu Beginn des Geschäftsjahres 2010 vorhanden waren, die bisherigen Wertansätze unter Anwendung der für sie bis zum Inkrafttreten des BilMoG geltenden Vorschriften fort.

Soweit der nach vorstehenden Grundsätzen ermittelte Wert von Vermögensgegenständen über dem Wert liegt, der ihnen am Abschlussstichtag beizulegen ist, wird dem durch außerplanmäßige Abschreibungen Rechnung getragen.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten werden zu ihrem Erfüllungsbetrag bewertet. Aufgewendete Disagien werden in den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten, erhaltene Agioerträge in den passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und über die gesamte Laufzeit bzw. die Dauer der Festzinsvereinbarung planmäßig abgeschrieben bzw. vereinnahmt.

Rückstellungen

Die Rückstellungen werden in Höhe des notwendigen Erfüllungsbetrags gebildet, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist; sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Die Ersterfassung erfolgt nach der Nettomethode. Rückstellungen mit einer Ursprungslaufzeit von einem Jahr oder weniger werden nicht abgezinst. Die übrigen Rückstellungen werden gemäß § 253 Abs. 2 HGB mit dem der Restlaufzeit entsprechenden Zinssatz der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) abgezinst.

Die Pensionsrückstellungen wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf der Grundlage der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck entsprechend dem Teilwertverfahren ermittelt. Pensionsrückstellungen und Rückstellungen für Beihilfen werden mit einem einer Restlaufzeit von 15 Jahren entsprechenden Rechnungszins von 4,91 % abgezinst. Bei den Pensionsrückstellungen werden künftige jährliche Lohn- und Gehaltssteigerungen von 2,0 % unterstellt. Diese Parameter haben sich auch auf die Ermittlung der Rückstellungen für Beihilfen ausgewirkt.

Altersteilzeitverträge wurden in der Vergangenheit auf der Grundlage des Altersteilzeitgesetzes, des Tarifvertrags zur Regelung der Altersteilzeit und ergänzender betrieblicher Vereinbarungen abgeschlossen. Bei den hierfür gebildeten Rückstellungen werden künftige Lohn- und Gehaltssteigerungen mit 2,0 % angenommen. Die Restlaufzeit der Verträge beträgt bis zu vier Jahre. Die Abzinsung erfolgt mit dem der individuellen Restlaufzeit der einzelnen Verträge entsprechenden Zinssatz.

Bei der Ermittlung der Rückstellungen und den damit in Zusammenhang stehenden Erträgen und Aufwendungen haben wir unterstellt, dass eine Änderung des Abzinsungssatzes erst zum Ende der Periode eintritt. Entsprechendes gilt für eine Veränderung des Verpflichtungsumfangs bzw. des zweckentsprechenden Verbrauchs. Erfolge aus der Änderung des Abzinsungssatzes zwischen zwei Abschlussstichtagen oder Zinseffekte einer geänderten Schätzung der Restlaufzeit werden in der betroffenen GuV-Position ausgewiesen.

Derivative Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente (Termingeschäfte) sind als schwebende Geschäfte in der Bilanz nicht auszuweisen. Sie werden bei Abschluss entsprechend ihrer Zweckbestimmung dem Handels- oder Anlagebuch zugeordnet.

Die zur Absicherung von Zinsänderungs- oder sonstigen Marktpreisrisiken abgeschlossenen derivativen Geschäfte werden in die Gesamtbetrachtung der jeweiligen Risikoart einbezogen und sind somit nicht gesondert zu bewerten.

Die sonstigen, nicht dem Handelsbestand zugeordneten derivativen Geschäfte werden einzeln nach den handelsrechtlichen Vorschriften unter Beachtung der IDW-Stellungnahme RS BFA 5 und RS BFA 6 bewertet. Bewertungsverluste werden zurückgestellt, Bewertungsgewinne werden nicht vereinnahmt.

Bewertung des Zinsbuchs

Wir haben die gesamte Zinsposition des Bankbuchs nach den Vorgaben der IDW-Stellungnahme RS BFA 3 im Rahmen einer periodenorientierten Berechnung untersucht. Das Bankbuch umfasst - entsprechend dem internen Risikomanagement - alle bilanziellen und außerbilanziellen zinsbezogenen Finanzinstrumente außerhalb des Handelsbestands. Bei der Beurteilung werden alle Zinserträge aus zinsbezogenen Finanzinstrumenten des Bankbuchs sowie die voraussichtlich noch zu deren Erwirtschaftung erforderlichen Aufwendungen (Refinanzierungskosten, Standard-Risikokosten, Verwaltungskosten) berücksichtigt. Betrags- und Laufzeitinkongruenzen werden zum Abschlussstichtag fiktiv durch Forward-Geschäfte geschlossen. Die Diskontierung erfolgt auf Basis der Zinsstrukturkurve am Abschlussstichtag. Die Berechnungen zeigen keinen Verpflichtungsüberschuss. Eine Rückstellung gemäß § 249 Abs. 1 Satz 1, 2. Alternative HGB ist nicht zu bilden.

Währungsumrechnung

Die Währungsumrechnung erfolgt nach § 256a HGB bzw. § 340h HGB. Eine besondere Deckung gemäß § 340h HGB sehen wir als gegeben an, soweit eine Identität von Währung und Betrag der gegenläufigen Geschäfte vorliegt. Die Umrechnungsergebnisse aus Geschäften, die in die besondere Deckung einbezogen sind, werden saldiert in den Sonstigen betrieblichen Erträgen bzw. Aufwendungen ausgewiesen. Bilanzposten und Posten der Gewinn- und Verlustrechnung, die auf fremde Währung lauten, sowie schwebende Fremdwährungskassageschäfte werden zum Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag umgerechnet. Schwebende Devisentermingeschäfte werden mit den entsprechenden Terminkursen umgerechnet.

Der Gesamtbetrag der auf fremde Währung lautenden Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten beträgt jeweils TEUR 158.

B. Angaben und Erläuterungen zur Bilanz

Forderungen an die bzw. Verbindlichkeiten gegenüber der eigene(n) Girozentrale

Forderungen an die bzw. Verbindlichkeiten gegenüber der Helaba, Frankfurt am Main, sind in den folgenden Bilanzposten enthalten:

	31.12.2013 TEUR	31.12.2012 TEUR
Forderungen an Kreditinstitute	120.998	123.991
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-	5.000

Wertpapiere

Die in den folgenden Bilanzposten enthaltenen Wertpapiere sind nach börsennotierten und nicht börsennotierten Wertpapieren wie folgt aufzuteilen:

	insgesamt TEUR	börsen notiert TEUR	nicht börsen notiert TEUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	232.850	232.850	-
davon: wie Anlagevermögen bewertet	(41.957)	(41.957)	(-)
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	142.937	-	142.937

Bei den wie Anlagevermögen bewerteten Wertpapieren handelt es sich um Emissionen von Kreditinstituten.

Finanzinstrumente im Finanzanlagevermögen

Finanzinstrumente, die auch wie Anlagevermögen behandelt werden, sind in dem folgenden Aktivposten enthalten:

	31.12.2013 TEUR	31.12.2012 TEUR
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
Buchwert	41.874	11.874
beizulegender Wert	41.060	11.278

Wir haben auf eine Bewertung dieser Wertpapiere zum niedrigeren beizulegenden Wert verzichtet, weil die Zweckbestimmung dieser Wertpapierbestände, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, im Vordergrund steht und eine Rückzahlung zu pari zu erwarten ist.

Finanzanlagevermögen

	Buchwert	
	31.12.2013	31.12.2012
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	104.452	58.356
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	13.487	13.219
Beteiligungen	9.520	9.550
Anteile an verbundenen Unternehmen	-	300
Sonstige Vermögensgegenstände	8	8

Es wurde von der Zusammenfassungsmöglichkeit des § 34 Abs. 3 RechKredV Gebrauch gemacht.

Spezialfonds

Die Anteile an Spezialfonds sind der Liquiditätsreserve zugeordnet.

Spezialfonds (in Mio EUR)	Buchwert	Marktwert	Differenz Buchwert zu Marktwert	Ausschüttungen in 2013	Tägliche Rückgabe möglich	Unterlassene Abschreibungen
Rheine Fonds	129,4	136,8	7,4	3,9	Ja	Nein

Zweck der Anlage in Spezialfonds ist die Erzielung einer überdurchschnittlichen Performance bei gleichzeitiger Risikosteuerung. Der Spezialfonds investiert überwiegend in Unternehmensschuldverschreibungen aber auch in Bank- und Staatsanleihen, für die regelmäßig ein Rating im Investment Grade vorhanden ist.

Entwicklung des Sachanlagevermögens im Geschäftsjahr 2013 (in TEUR)

	Anschaffungskosten	Zugänge	Abgänge	Abschreibungen in 2013	Abschreibungen kumuliert	Buchwert 31.12.13	Buchwert 31.12.12
1. Immaterielle Anlagewerte	606	37	-	(47)	576	67	77
2. Sachanlagen							
a) Grundstücke und Bauten	21.023	90	-	(412)	14.791	6.322	6.644
b) Betriebs- und Geschäftsausstattung	10.459	428	133	(328)	9.567	1.187	1.087
3. Sonstige Vermögensgegenstände	47	-	-	(-)	-	47	47

Die Sachanlagen entfallen mit TEUR 6.310 auf Grundstücke und Bauten, die von der Sparkasse im Rahmen ihrer eigenen Tätigkeit genutzt werden.

Treuhandgeschäfte

Das Treuhandvermögen und die Treuhandverbindlichkeiten betreffen jeweils in voller Höhe die Forderungen an Kunden bzw. die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Rechnungsabgrenzungsposten

In den Rechnungsabgrenzungsposten sind enthalten:

	31.12.2013 TEUR	31.12.2012 TEUR
Aktivseite		
Disagio aus Verbindlichkeiten	540	887
Passivseite		
Disagio aus Forderungen	64	98

Verpflichtungen gemäß Artikel 28 EGHGB

Die Sparkasse Rheine ist aufgrund des Tarifvertrags über die zusätzliche Altersvorsorge der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes verpflichtet, für ihre Beschäftigten eine zu einer Betriebsrente führende Versicherung bei einer Zusatzversorgungskasse abzuschließen. Sie ist deshalb Mitglied der Kommunale Versorgungskasse Westfalen-Lippe (kvw-Zusatzversorgung). Trägerin der kwv-Zusatzversorgung ist die Kommunale Versorgungskasse Westfalen-Lippe (kvw). Diese ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Die kwv-Zusatzversorgung ist eine rechtlich unselbstständige aber finanziell eigenverantwortliche Sonderkasse der kwv.

Aufgabe der kwv-Zusatzversorgung ist es, den Beschäftigten ihrer Mitglieder neben der gesetzlichen Rente eine zusätzliche Versorgung im Alter, bei Erwerbsminderung und für die Hinterbliebenen zu gewähren. Die gezahlten Renten werden jeweils am 01.07. eines Jahres um 1,0 % angepasst.

Die Finanzierung der Leistungen der kwv-Zusatzversorgung erfolgt nach dem Abschnittsdeckungsverfahren. Die Höhe der Einzahlungen wird deshalb alle drei Jahre nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt. Dabei wird ein unendlicher Deckungsabschnitt in den Blick genommen, der es ermöglicht, die Entwicklung der Auszahlungsverpflichtungen langfristig abzuschätzen und die erforderlichen Umlage- und Sanierungsgeldeinnahmen zu ermitteln. Der Hebesatz beträgt derzeit 7,5 %. Die an die kwv-Zusatzversorgung geleisteten Zahlungen betragen in 2013 TEUR 657.

Wenn ein Mitglied die kwv-Zusatzversorgung verlassen will, ist eine nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelte Ausgleichszahlung für die bei der kwv-Zusatzversorgung verbleibenden Zahlungsverpflichtungen erforderlich. Im Falle des Austritts der Sparkasse zum 31.12.2012 hätte die Ausgleichszahlung EUR 20,7 Mio betragen. Eine Angabe zu einer möglichen Ausgleichszahlung zum 31.12.2013 kann von der kwv-Zusatzversorgung erst im dritten Quartal 2014 gemacht werden, da die entsprechenden versicherungsmathematischen Berechnungen zur Ermittlung des Ausgleichsbetrages erst durchgeführt werden können, wenn alle Jahresmeldungen der Mitglieder vorliegen und verarbeitet sind.

Verbindlichkeiten, für die Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen sind

Für folgende Posten der in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten sind Vermögensgegenstände als Sicherheit übertragen:

	TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	101.511

Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (in TEUR)

	Verbundene Unternehmen		Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
<u>Aktivposten</u>				
Forderungen an Kunden	-	-	171	171
<u>Passivposten</u>				
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	59	65	-	-

Fristengliederung (in TEUR)

	mit einer Restlaufzeit von					
	bis drei Monate	mehr als drei Monate bis ein Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre	mit bestimmter Laufzeit	im Jahr 2014 fällig
<u>Aktivposten</u>						
3. Forderungen an Kreditinstitute						
b) andere Forderungen (ohne Bausparguthaben)			30.000	71.000		
4. Forderungen an Kunden	14.178	44.827	178.678	435.589	29.831	
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere						17.000
<u>Passivposten</u>						
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten						
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	6.648	16.084	139.721	161.820		
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden						
a) Spareinlagen						
ab) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	164	2.283	445	86		
b) andere Verbindlichkeiten						
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	40.346	54.322	14.439	23.388		

Von dem Wahlrecht nach § 11 Satz 3 RechKredV, anteilige Zinsen nicht in die Fristengliederung einzubeziehen, haben wir Gebrauch gemacht.

C. Sonstige Angaben

Konzernrechnungslegung

Ein Konzernabschluss wurde nicht aufgestellt, da das verbundene Unternehmen von untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns ist.

Latente Steuern

Nennenswerte Unterschiede, die zu aktiven latenten Steuern führen, sind bedingt durch die in den Forderungen an Kunden verrechneten Vorsorgereserven sowie den unterschiedlichen Parametern in den Rückstellungen für Pensionen und andere Verpflichtungen.

Der Berechnung wurden ein Körperschaftsteuersatz (einschließlich Solidaritätszuschlag) von 15,83 % und ein Gewerbesteuersatz von 15,05 % zugrunde gelegt. Mit Ausnahme der Differenzen bei den Personengesellschaften, für die lediglich der Körperschaftsteuersatz (einschließlich Solidaritätszuschlag) relevant ist, macht der gesamte Ertragssteuersatz bei den übrigen Unterschieden 30,88 % aus.

Saldiert ergibt sich ein Überhang aktiver latenter Steuern, für den das Aktivierungswahlrecht nicht genutzt wurde.

Der Unterschied zwischen dem ausgewiesenen, auf der Grundlage der steuerlichen Regelungen ermittelten Steueraufwand und dem aus der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung erwarteten Steueraufwand ist im Wesentlichen auf die Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken zurückzuführen.

Marktrisikobehaftete Geschäfte

Die Sparkasse hat im Geschäftsjahr Devisentermingeschäfte abgeschlossen, die teilweise am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelt waren. Die Geschäfte werden mit Kunden zur Deckung deren Bedarfs abgeschlossen. Es erfolgen unverzüglich währungsgleiche, fristen- und betragskongruente Gegengeschäfte, so dass hieraus offene Positionen nicht entstehen.

Die Arten und der Umfang der derivativen Finanzinstrumente, bezogen auf die Nominalwerte der zu Grunde liegenden Referenzwerte sind in folgender Aufstellung zusammengestellt:

	Nominalbeträge nach Restlaufzeiten			Nominalbeträge		
	bis 1 Jahr	mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	mehr als fünf Jahre	insgesamt	Kundengeschäfte	Deckungsgeschäfte
Derivative Finanzinstrumente	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Währungsrisiken						
Devisentermingeschäfte	2.188	-	-	2.188	1.095	1.093

Nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte derivative Finanzinstrumente

Am Bilanzstichtag bestehen außerhalb des Handelsbestands sowie der in eine Bewertungseinheit einbezogenen derivativen Finanzinstrumente in folgendem Umfang noch nicht abgewickelte und nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierte derivative Finanzinstrumente:

	Beizulegende Zeitwerte	
	positiv	negativ
Derivative Finanzinstrumente	TEUR	TEUR
Währungsrisiken		
Devisentermingeschäfte	8	6

Die beizulegenden Zeitwerte der Devisentermingeschäfte wurden über die Bewertung fiktiver Gegengeschäfte (Glattstellungsfiktion - ohne Marge der Sparkasse) mit den von der EZB veröffentlichten Referenzkursen bewertet.

Nicht aus der Bilanz ersichtliche Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Sparkasse ist dem bundesweiten Sicherungssystem der deutschen Sparkassenorganisation angeschlossen, das elf regionale Sparkassenstützungsfonds durch einen überregionalen Ausgleich miteinander verknüpft. Zwischen diesen und den Sicherungseinrichtungen der Landesbanken und Landesbausparkassen besteht ein Haftungsverband. Durch diese Verknüpfung steht im Stützungsfall das gesamte Sicherungsvolumen der Sparkassen-Finanzgruppe zur Verfügung. Das Sicherungssystem basiert auf dem Prinzip der Institutssicherung. Im Bedarfsfall entscheiden die Gremien der zuständigen Sicherungseinrichtungen darüber, ob und in welchem Umfang Stützungsleistungen zugunsten eines Instituts erbracht und an welche Auflagen diese ggf. geknüpft werden.

Auf der Grundlage des verbindlichen Protokolls vom 24.11.2009 wurde mit Statut vom 11.12.2009 zur weiteren Stabilisierung der WestLB AG, Düsseldorf, die Erste Abwicklungsanstalt (EAA) gemäß § 8a Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz errichtet. Der Sparkassenverband Westfalen-Lippe (SVWL), Münster, ist entsprechend seinem Anteil an der EAA von 25,03 % verpflichtet, liquiditätswirksame Verluste der EAA, die nicht durch das Eigenkapital der EAA ausgeglichen werden können, bis zu einem Höchstbetrag von EUR 2,25 Mrd zu übernehmen. Indirekt besteht für die Sparkasse entsprechend ihrem Anteil am Verband eine aus künftigen Gewinnen zu erfüllende Verpflichtung, die nicht zu einer Belastung des am Bilanzstichtag vorhandenen Vermögens führt. Daher besteht zum Bilanzstichtag nicht die Notwendigkeit zur Bildung einer Rückstellung.

Für die mit der Auslagerung des Portfolios der WestLB AG auf die EAA verbundene indirekte Verlustausgleichspflicht wird die Sparkasse beginnend mit dem Jahr 2010 in einem Zeitraum von 25 Jahren Beträge aus künftigen Gewinnen bis zu einer Gesamthöhe von EUR 15,6 Mio in den Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB ansparen; davon wurden im Jahr 2013 EUR 0,5 Mio dotiert (Gesamtbetrag zum 31.12.2013: EUR 2,2 Mio). Zum 31.12.2013 hat die Sparkasse die bisherige Ansparung im Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB auf die Ansammlung in den Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB umgestellt. Nach Ablauf von 7 Jahren findet unter Einbeziehung aller Beteiligten eine Überprüfung des Vorsorgebedarfs statt. Sofern künftig aufgrund der Verpflichtung eine Inanspruchnahme droht, werden wir in entsprechender Höhe eine Rückstellung bilden.

Die Sparkasse ist nach § 32 SpkG des Landes Nordrhein-Westfalen Mitglied des Sparkassenverbandes Westfalen-Lippe (SVWL). Der Anteil der Sparkasse am Stammkapital des Verbands beträgt zum Bilanzstichtag 0,76 %. Der Verband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und hat die Aufgabe, das Sparkassenwesen bei den Mitgliedssparkassen zu fördern, Prüfungen bei den Mitgliedssparkassen durchzuführen und die Aufsichtsbehörde gutachterlich zu beraten. Zu diesem Zweck werden auch Beteiligungen an Gemeinschaftsunternehmen des Finanzsektors gehalten. Für die Verbindlichkeiten und sonstigen Verpflichtungen des Verbandes, die zum Bilanzstichtag im Wesentlichen auf eine vom Verband begebene Anleihe über EUR 750 Mio entfallen, haften sämtliche Mitgliedssparkassen. Am 17.07.2013 hat die Verbandsversammlung des SVWL eine bislang noch nicht eingeforderte Stammkapitalerhöhung beim Verband zur Rückzahlung der Anleihe im September 2014 beschlossen. Nach den Verhältnissen zum Bilanzstichtag entfällt davon auf die Sparkasse ein Anteil von rund EUR 5,72 Mio. Die endgültige Festsetzung des auf die Sparkasse entfallenden Anteils durch den Verbandsverwaltungsrat des SVWL soll im Jahr 2014 erfolgen. Der Verband erhebt nach § 23 der Satzung des Verbandes eine Umlage von den Mitgliedssparkassen, soweit seine sonstigen Einnahmen die Geschäftskosten nicht decken.

Angabe des vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechneten Gesamthonorars gemäß § 285 Nr. 17 HGB

	TEUR
Abschlussprüferleistungen	144
andere Bestätigungsleistungen	15
Gesamtbetrag	159

Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstands

Die Angabe der Gesamtbezüge des Vorstands unterbleibt nach § 286 Abs. 4 HGB.

Bezüge der Mitglieder der Aufsichtsgremien

Die Mitglieder des Verwaltungsrats erhielten im Geschäftsjahr Gesamtbezüge von TEUR 53.

Den Mitgliedern des Verwaltungsrats, des Bilanzprüfungsausschusses und des Risikoausschusses der Sparkasse werden ein Sitzungsgeld von EUR 250 je Sitzung gezahlt; die Vorsitzenden erhalten jeweils den doppelten Betrag.

In Abhängigkeit von der Sitzungshäufigkeit und – teilnahme ergaben sich im Geschäftsjahr 2013 folgende Bezüge der einzelnen Mitglieder der zuvor genannten Gremien:

Name	TEUR
Azevedo, José	2,25
Bonk, Udo	0,25
Dewenter, Horst	3,25
Fühner, Dieter	0,25
Grotke, Wilfried	2,25
Hachmann, Andree	2,25
Holtel, Alfred	2,50
Jansen, Paul	0,25
Kordfelder, Dr. Angelika	1,75

Name	TEUR
Krümpel, Mathias	0,75
Löcken, Günter	0,25
Mollen, Udo	2,50
Reiske, Michael	2,75
Roscher, Jürgen	2,75
Schievelkamp, Sonja	2,25
Thum, Günter	3,50
Willers, Paul	2,00
Wilp, Josef	7,00
Insgesamt	38,75

Pensionsrückstellungen und -zahlungen für bzw. an frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene

An frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene wurden TEUR 276 gezahlt; die Pensionsrückstellungen für diesen Personenkreis betragen am 31.12.2013 TEUR 5.082.

Kreditgewährungen an Vorstand und Verwaltungsrat

Die Sparkasse hatte ausschließlich Mitgliedern des Verwaltungsrats zum 31.12.2013 Kredite in Höhe von TEUR 1.638 gewährt.

Mitarbeiter/innen

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

	2013	2012
Vollzeitkräfte	131	131
Teilzeitkräfte	73	71
	204	202
Auszubildende	14	16
Insgesamt	218	218

Verwaltungsrat

<u>Vorsitzendes Mitglied</u>		<u>Stellvertreter des vorsitzenden Mitglieds</u>	
Josef Wilp	Rektor a. D.	Günter Thum	Oberstleutnant a. D.
		Horst Dewenter	Technischer Lehrer a. D.
<u>Mitglieder</u>		<u>Stv. Mitglieder</u>	
José Azevedo	Softwareentwickler bei einem Telekommunikationsunternehmen	Jürgen Gude	Verwaltungsbeamter beim Landesbetrieb IT NRW
Horst Dewenter	Technischer Lehrer a. D.	Dieter Fühner	Dipl.-Sozialpädagoge
Andree Hachmann	Selbstständiger Rechtsanwalt	Paul Jansen	Verwaltungsbeamter bei der GAB des Kreises Steinfurt (ab 12.03.2013)
Alfred Holtel	Geschäftsstellenleiter bei der Arbeitsagentur a. D.	Jörg Niehoff	Angestellter Betriebswirt in der Wohnungswirtschaft
Udo Mollen	Referatsleiter beim Bildungswerk des Landessportbundes NRW	Falk Toczowski	Wissenschaftlicher Mitarbeiter eines Landtagsabgeordneten
Michael Reiske	Sozialoberinspektor bei einer Kommune	Jürgen Niemeyer	Selbstständiger Unternehmer für elektronische Verkaufsoptimierung
Jürgen Roscher	Kriminaldirektor	Günter Löcken	Bankkaufmann i. R.
Günter Thum	Oberstleutnant a. D.	Peggy Fehrmann	Kaufmännische Angestellte in der Energieversorgung
Paul Willers	Selbstständiger Unternehmer im Heizungs-, Klima- und Sanitärbereich	Udo Bonk	Stabshauptmann a.D.
<u>Mitarbeitervertreter</u>		<u>Stv. Mitarbeitervertreter</u>	
Wilfried Grotke	Sparkassenangestellter	Johannes Hennigfeld	Sparkassenangestellter
Sonja Schievelkamp	Sparkassenangestellte	Manfred Wessels	Sparkassenangestellter
<u>Beratende Teilnahme</u>		<u>Stellvertreter</u>	
Dr. Angelika Kordfelder	Hauptamtliche Bürgermeisterin	Werner Lütkemeier	Stadtkämmerer (bis 15.01.2013)
		Mathias Krümpel	Stadtkämmerer (ab 16.01.2013)

Vorstand

Armin Tilly	Vorsitzender (bis 31.10.2013)
Hans-Jörg Buschkühle	Vorsitzender (ab 01.11.2013)
Hans-Jörg Buschkühle	Mitglied (bis 31.10.2013)
Thomas Prochmann	Mitglied (ab 01.11.2013)

Rheine, 20. März 2014

Der Vorstand

Buschkühle
Sparkassendirektor

Prochmann
Sparkassendirektor

Lagebericht 2013

A. Grundlagen der Sparkasse Rheine

Die Sparkasse ist gemäß § 1 SpkG eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist Mitglied des Sparkassenverbands Westfalen-Lippe (SVWL), Münster, und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V., Berlin und Bonn, angeschlossen. Sie ist beim Amtsgericht Steinfurt unter der Nummer A 3488 im Handelsregister eingetragen.

Träger der Sparkasse ist die Stadt Rheine. Satzungsgebiet der Sparkasse ist das Gebiet des Trägers, des Kreises Steinfurt sowie das Gebiet der angrenzenden Kreise.

Die Sparkasse ist Mitglied im bundesweiten Haftungsverbund der Sparkassen-Finanzgruppe. Das aus Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen bestehende überregionale Sicherungssystem stellt sicher, dass im Bedarfsfall ausreichend Mittel zur Verfügung stehen, um die Forderungen der Kunden und auch das Institut selbst zu schützen.

Die Sparkasse ist ein regionales Wirtschaftsunternehmen mit der Aufgabe, die geld- und kreditwirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft insbesondere im satzungsrechtlichen Geschäftsgebiet sicherzustellen. Daneben ist das soziale und kulturelle Engagement der Sparkasse zu nennen. Im Rahmen der Geschäftsstrategie sind die Grundsätze unserer geschäftspolitischen Ausrichtung zusammengefasst und in die operativen Planungen eingearbeitet. Die übergeordneten Ziele werden im Lagebericht im Folgenden dargestellt. Durch die zielorientierte Bearbeitung der strategischen Geschäftsfelder soll die Aufgabenerfüllung der Sparkasse über die Ausschöpfung von Ertragspotenzialen sowie Kostensenkungen sichergestellt werden. Darüber hinaus hat der Vorstand die Risikostrategie überprüft und den veränderten Rahmenbedingungen angepasst. Die Strategien wurden mit dem Verwaltungsrat der Sparkasse erörtert und innerhalb des Hauses kommuniziert.

B. Wirtschaftsbericht

1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2013

Wirtschaftsentwicklung

Die Weltkonjunktur hat sich im Verlauf des Jahres 2013 stabilisiert, nachdem sie im vergangenen Jahr unter dem Einfluss der Staatsschuldenkrise im Euro-Raum deutlich an Schwung verloren hatte. Laut ersten Hochrechnungen dürfte die Weltproduktion im Jahresdurchschnitt um 2,2 % gestiegen sein. Die weiterhin sehr expansive Geldpolitik sowie die rückläufige Unsicherheit über den weiteren Verlauf der Euro-Krise führten zu einer leichten konjunkturellen Erholung in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften. In den Schwellenländern hingegen setzte sich die im Sommerhalbjahr 2012 begonnene Entwicklung fort und die konjunkturelle Dynamik ließ weiter nach.

Auch die wirtschaftliche Stabilisierung im Euro-Raum wirkte stützend auf die Weltwirtschaft. Die 18-monatige Rezession konnte im zweiten Quartal 2013 überwunden werden. Maßgeblich für den Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um 0,3 % gegenüber dem Vorquartal war die Expansion in Deutschland und Frankreich. Diese konnte die rückläufige gesamtwirtschaftliche Entwicklung in einigen Krisenländern kompensieren. Die Fortsetzung des finanzpolitischen Restriktionskurses dämpfte hier die Konjunktur. Die insgesamt positive Entwicklung ist zu wesentlichen Teilen auf den Außenhandel zurückzuführen, während die Binnennachfrage nur leichte Zuwächse verzeichnete.

Die deutsche Konjunktur zeigte sich insgesamt stabil und entwickelte sich im Jahresverlauf moderat aufwärtsgerichtet. Günstige Rahmenbedingungen verliehen der Binnennachfrage deutlich Aufwind. Der Arbeitsmarkt zeigte sich mit einer Arbeitslosenquote von 6,9 % weiterhin robust, die Verbraucherpreise stiegen moderat um 1,5 % und durch das weiterhin außerordentlich niedrige Zinsniveau waren die Finanzierungsbedingungen nach wie vor günstig. Auch der Wohnungsbau gewann nach einem witterungsbedingt schwachen ersten Quartal wieder an Dynamik. Die Investitionen im Bereich gewerblicher Bauten und im Bereich der Ausrüstungen entwickelten sich dagegen verhalten. Ein geringfügiger Anstieg der deutschen Exporte in Folge der sich stabilisierenden Weltkonjunktur wurde durch einen Anstieg der Importe übertroffen. Insgesamt lag die Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts mit 0,4 % auf dem niedrigsten Stand seit 2009.

Diese Entwicklungen spiegeln sich auch in der Region wider. Laut Konjunkturumfrage der IHK Nord Westfalen hat sich die Einschätzung der Unternehmen zu ihrer aktuellen Geschäftslage im Jahresverlauf insgesamt leicht verbessert. Es sind jedoch weiterhin deutliche Unterschiede zwischen den Branchen festzustellen, die von der guten Binnenkonjunktur profitieren, zu solchen, deren Entwicklung durch ein schwaches Auslandsgeschäft gedämpft wird. Während im Dienstleistungssegment nahezu jedes zweite Unternehmen die eigene Lage positiv einschätzt, ist dies in nur gut jedem dritten Industrieunternehmen der Fall. Fast ein Viertel aller Unternehmen blicken positiv in die Zukunft. Die Arbeitslosenquote im Kreis Steinfurt hat sich gegenüber dem Vorjahr verbessert und liegt mit 5,3 % deutlich unter dem bundesweiten Durchschnitt.

Zinsentwicklung

Die EZB setzte ihren Kurs der niedrigen Zentralbankzinsen im Jahr 2013 fort. Der Leitzins wurde zunächst im Mai von 0,75 % auf 0,5 % gesenkt. Wegen eines deutlichen Rückgangs der Inflationsrate im Oktober 2013 erfolgte im November eine erneute Reduzierung auf nunmehr 0,25 %. Nennenswerte Folgen auf die Geldmarktsätze blieben jedoch aus. Das weiterhin niedrige Niveau ist hier maßgeblich auf die hohe Überschussliquidität im Euro-Raum zurückzuführen. Die Renditen am Kapitalmarkt lagen ebenfalls weiterhin auf niedrigem Niveau. Zwar zogen die Umlaufrenditen von Staatsanleihen der Euro-Länder mit guter Bonität zuletzt etwas an, die Umlaufrenditen von Papieren der Krisenländer hingegen waren in der Tendenz weiter rückläufig. An den Kreditmärkten waren die Finanzierungsbedingungen für den privaten Sektor im Euro-Raum nach wie vor unterschiedlich. Während sich die Zinsen für Neukredite in den Krisenländern seit März 2013 nicht verändert haben, sanken sie in den übrigen Mitgliedsländern leicht.

2. Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2013

2.1. Umsetzung der Basel III-Vorschriften in europäisches Recht

Das Regelwerk Basel III wurde mit Annahme des CRD IV-Pakets durch das Europäische Parlament am 17. April 2013 in europäisches Recht umgesetzt und wird damit zum 01. Januar 2014 in Kraft treten. Ziel der Vorschriften ist es, den gesamten Bankensektor zu stärken und Finanzkrisen vorzubeugen. Umfangreiche Änderungen betreffen insbesondere die qualitativen und quantitativen Eigenkapitalanforderungen. Außerdem wird den Risiken aus der Überschuldung von Instituten durch eine zukünftig zu berechnende Verschuldungsquote (Leverage Ratio) verstärkt Beachtung geschenkt. Darüber hinaus sind erweiterte Vorschriften zur Liquiditätsausstattung, zum Risikomanagement und Regelungen zur Corporate Governance enthalten. Die Sparkasse wird die aufsichtsrechtlichen Anforderungen entsprechend umsetzen.

2.2. Neufassung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk)

Am 01. Januar 2013 trat die vierte Novellierung der MaRisk in Kraft. Hintergrund waren internationale Regulierungen, die eine Überarbeitung der alten Fassung erforderten. Neu in den MaRisk enthalten sind Anforderungen an eine einzurichtende Compliance-Funktion. Wesentliche Inhalte bestehen außerdem in der Erweiterung der Risikotragfähigkeitsbetrachtung der Sparkasse um einen zukunftsgerichteten Kapitalplanungsprozess und in der Hervorhebung der Risikocontrolling-Funktion durch ergänzende Anforderungen. Weiter ist ein Verrechnungssystem zur verursachergerechten internen Verrechnung von Liquiditätskosten, -nutzen, und -risiken vorgesehen. Die Sparkasse hat die Anforderungen entsprechend umgesetzt.

2.3. Mindestanforderungen an die Compliance-Funktion und die weiteren Verhaltens-, Organisations- und Transparenzpflichten nach §§ 31 ff. WpHG für Wertpapierdienstleistungsunternehmen (MaComp)

Bereits im Vorjahr wurde die Neufassung der MaComp veröffentlicht und Teile der Neuerungen traten in Kraft. In 2013 erlangten nun auch die Änderungen und Ergänzungen der organisatorischen Anforderungen und Aufgaben der Compliance-Funktion (Modul BT 1) Gültigkeit. Im Wesentlichen werden bereits bestehende Anforderungen an die Erstellung einer Risikoanalyse, die Durchführung von Überwachungshandlungen, Berichtspflichten und Beratungsaufgaben der Compliance-Funktion präzisiert. Darüber hinaus waren im Jahr 2013 erstmals erweiterte Aufzeichnungspflichten über Zuwendungen und deren Verwendung für qualitätsverbessernde Maßnahmen der erbrachten Dienstleistung umzusetzen. Die Sparkasse hat die Änderungen entsprechend umgesetzt.

2.4. Aktueller Stand der Europäischen Bankenunion

Mit der Verabschiedung und dem Inkrafttreten der Verordnung zur Übertragung besonderer Aufgaben im Zusammenhang mit der Aufsicht über Kreditinstitute auf die Europäische Zentralbank (EZB) wurde in 2013 ein einheitlicher Aufsichtsmechanismus für die Kreditinstitute im Euro-Raum geschaffen. Die Festlegung von aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen und die direkte Aufsicht über die 128 größten Institute werden voraussichtlich ab November 2014 in die Zuständigkeit der EZB fallen. Zusätzlich sieht eine im Dezember beschlossene Ratsposition der Euro- und der EU-Finanzminister einen einheitlichen Abwicklungsmechanismus für die von der EZB beaufsichtigten und für grenzüberschreitende Banken und den Aufbau eines Abwicklungsfonds vor. Konkrete Einzelheiten hierzu stehen noch aus. Die Umsetzung wird ab 2016 angestrebt. Die Aufsicht und Abwicklung kleinerer Institute wird weiterhin auf nationaler Ebene erfolgen.

Mit einer am 17. Dezember 2013 herbeigeführten Einigung zwischen Europäischem Parlament, Europäischem Rat und EU-Kommission zur Einlagensicherungsrichtlinie wurde zudem ein einheitliches Mindest-Sicherungs-niveau für Einlagen und Standards für die Sicherungsfonds in den Ländern des Euro-Raums festgelegt. Das Institutssicherungssystem der deutschen Sparkassen-Finanzgruppe wird daneben weiterhin Bestand haben.

2.5. Änderungen des Sparkassengesetzes

Aufgrund des Marktaustritts der WestLB AG und der Übernahme der Sparkassenzentralbankfunktion durch die Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale waren redaktionelle Änderungen des Sparkassengesetzes erforderlich. Darüber hinaus wurde, statt der nach alter Fassung vorgesehenen Fusion, eine Kooperation zwischen dem Rheinischen Sparkassen- und Giroverband und dem Sparkassenverband Westfalen-Lippe ermöglicht. Die wieder eingeführte Regelung vom 8. März 1994 eröffnet die Möglichkeiten, entweder auf freiwilliger Basis zu fusionieren oder Anstalten des öffentlichen Rechts in gemeinsamer Trägerschaft zur gemeinsamen Aufgabenerfüllung einzurichten. Außerdem findet die Förderung von Frauen in Gremien und Leitungsfunktionen stärkere Beachtung. Die Änderungen traten am 27. Juli 2013 in Kraft und werden von der Sparkasse entsprechend berücksichtigt.

3. Darstellung, Analyse und Beurteilung des Geschäftsverlaufs

3.1. Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Die Bilanzsumme erhöhte sich im Jahr 2013 um 81,5 Mio. EUR bzw. 6,7 % auf 1.289,9 Mio. EUR. 34,4 Mio. EUR resultieren aus der Umwandlung von Vorsorgereserven gem. § 340f HGB zum Fonds für allgemeine Bankrisiken gem. § 340g HGB. Das geplante Wachstum der Bilanzsumme von gut 1 % wurde damit deutlich übertroffen. Das aus Kundenaktiva, Kundenpassiva, Eventualverbindlichkeiten, unwiderruflichen Kreditzusagen und den Kundenbeständen im Wertpapiergeschäft bestehende Geschäftsvolumen erhöhte sich um 107,6 Mio. EUR oder 6,7 % auf 1.718,9 Mio. EUR.

3.2. Kreditgeschäft

Die Veränderung der Werte wird durch die bereits erwähnte Umwidmung von Vorsorgereserven gem. § 340f HGB überlagert. Insgesamt blieb die Entwicklung der Forderungen an Kunden mit einem Zugang von 1,2 % auf 703,3 Mio. EUR unterhalb des auf der Grundlage von Jahresdurchschnittsbeständen geplanten Zuwachses von 1,8 %. Aufgrund schlechter Witterungsbedingungen war die Entwicklung insbesondere im Bereich der Wohnbaufinanzierungen zum Jahresbeginn sehr verhalten, gewann im weiteren Jahresverlauf jedoch an Dynamik. Der Forderungsbestand gegenüber Privatpersonen reduzierte sich per Stichtag zwar leicht, die Zusagen stiegen im Vergleich zum Vorjahr jedoch um 4,2 % auf 64,1 Mio. EUR. Im Kreditgeschäft mit Unternehmen und Selbstständigen erhöhte sich das Kreditvolumen infolge der erhöhten Investitionsbereitschaft moderat. Die Darlehenszusagen stiegen um 46,6 % auf 49,7 Mio. EUR. Insgesamt belaufen sich die Darlehenszusagen im Jahr 2013 auf 114,4 Mio. EUR. Der Strukturanteil der Kundenforderungen an der Stichtagsbilanzsumme von 54,5 % veränderte sich im Vergleich mit dem Vorjahr (54,7 %) kaum.

3.3. Wertpapiereigenanlagen

Zum Bilanzstichtag erhöhte sich der Bestand an Wertpapiereigenanlagen gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 21,2 Mio. EUR auf 375,8 Mio. EUR. Hierbei war insbesondere der Anstieg der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere in Höhe von 16,9 Mio. EUR maßgeblich. Die Bestände von Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren wurden durch die Wiederanlage von Ertragsgutschriften um 4,2 Mio. EUR aufgestockt. Ursächlich für diese Entwicklung war ein beträchtliches Wachstum im Bereich der Kundeneinlagen, dem keine entsprechende Nachfrage nach Krediten von Seiten der Kunden gegenüber stand. Es wurden daher größere Teile der zugeflossenen Einlagen in Form von Eigenanlagen angelegt.

3.4. Beteiligungen/Anteilsbesitz

Der Anteilsbesitz der Sparkasse per 31. Dezember 2013 von 9,5 Mio. EUR entfiel nahezu vollständig auf die Beteiligung am SVWL. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahr um 0,4 Mio. EUR resultiert insbesondere aus Abschreibungen auf Beteiligungen an einem Internet Marktplatz sowie der Immobilien-Zentrum Rheine GmbH Stadtparkasse Rheine.

3.5. Geldanlagen von Kunden

Die Sparkasse hatte für 2013 ein Wachstum bei den Geldanlagen von 0,8 % erwartet. Dieses Ziel konnte mit einer Erhöhung von 7,6 % übertroffen werden. Innerhalb des Kundengeldvermögens wurden 2013 die Kundeneinlagen stärker als ursprünglich erwartet ausgebaut, da die Kunden verstärkt risikolose Anlagen bevorzugt haben. Im Gegenzug wuchsen die Kundenwertpapierbestände weniger stark als geplant. Insgesamt konnten die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden einschließlich der begebenen Schuldverschreibungen um 57,5 Mio. EUR oder 7,6 % gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Die von Kunden unterhaltenen Wertpapierbestände sind wertmäßig um 2,6 Mio. EUR oder 1,8 % gestiegen.

Aktuell verfügt die Sparkasse über einen bilanziellen Einlagenbestand von 815,8 Mio. EUR. Der Bestand an Spareinlagen wies einen Anstieg von 12,9 Mio. EUR und an Sichteinlagen von 61,6 Mio. EUR auf. In Summe sind die Termineinlagen und Sparkassenbriefe um 17,4 Mio. EUR zurückgegangen.

3.6. Interbankengeschäft

Die Forderungen an Kreditinstitute erhöhten sich insbesondere durch die Anlage freier liquider Mittel um 19,1 Mio. EUR oder 12,2 % auf 175,5 Mio. EUR. Der Bestand setzt sich hauptsächlich aus bei Kreditinstituten unterhaltenen Liquiditätsreserven, kurzfristigen Geldanlagen und Schuldscheindarlehen zusammen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verminderten sich um 20,9 Mio. EUR auf 327,4 Mio. EUR. Bei diesen Beständen handelt es sich im Wesentlichen um langfristige Weiterleitungsdarlehen und Sparkassenbriefe.

3.7. Dienstleistungsgeschäft

Die für das Dienstleistungsgeschäft insgesamt geplanten Erträge wurden erreicht.

Das Wertpapiergeschäft wurde im Jahr 2013 maßgeblich von der weiteren Erholung der Kapital- und Aktienmärkte geprägt. Der Absatzschwerpunkt lag im Jahr 2013 im Bereich der festverzinslichen Wertpapiere (u.a. Zuwachs- und Zinsmarktanleihen). Insgesamt konnten die von uns erwarteten Ertragszuwächse von 20,4 % jedoch aufgrund der von den Kunden bevorzugten bilanzwirksamen Einlagen nicht ganz erreicht werden.

Im Jahr 2013 wurden insgesamt 927 Bausparverträge mit einem Vertragsvolumen von 27,8 Mio. EUR abgeschlossen. Mit diesem Vertriebsergebnis liegen wir gemessen an der Bausparsumme rund 10 % unter dem Niveau des Vorjahres.

Der Absatz von Sach- und Lebensversicherungen bewegte sich 2013 annähernd auf dem Niveau von 2012.

Die für Immobilienvermittlungen zuständige Tochtergesellschaft hat ihre Ziele in 2013 nicht erreicht. Ab 2014 wird dieser Geschäftszweig direkt durch die Sparkasse betreut.

3.8. Investitionen

Im Jahr 2013 wurden Investitionen zur weiteren Verbesserung unseres Beratungs- und Serviceangebots in den Filialen Schotthock, Eschendorf, Wietesch und Mesum vorgenommen. Ein weiterer Investitionsschwerpunkt war die Informationstechnologie.

3.9. Personalbericht

Im Jahr 2013 beschäftigte die Sparkasse im Jahresdurchschnitt 218 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr 218), davon 73 Teilzeitkräfte und 14 Auszubildende.

Um auch in den kommenden Jahren auf gut qualifizierte Nachwuchskräfte zurückgreifen zu können, legt die Sparkasse großen Wert auf die Ausbildung junger Menschen. Im vergangenen Jahr beendeten acht und starteten sieben junge Menschen ihre Ausbildung bei der Stadtsparkasse Rheine. Mit einer Ausbildungsquote von 6,42 % (Vorjahr 7,34 %) nimmt die Sparkasse ihre Verantwortung als wichtiger Ausbildungsbetrieb in der Region weiterhin wahr.

Auch im Jahr 2013 war es Ziel der Sparkasse, das bestehende hohe Qualifikationsniveau in allen Unternehmensbereichen zu sichern und weiter auszubauen. So wurden 179 TEUR (Vorjahr 154 TEUR) in Aus- und Fortbildungsmaßnahmen investiert. Schwerpunkte bildeten neben hausinternen Nachwuchs- und Förderprogrammen zahlreiche Schulungen und Trainings zur weiteren Stärkung der Beratungs- und Betreuungskompetenz, der fachspezifischen Kompetenz sowie einer ziel- und leistungsorientierten Führungsarbeit. Das Ziel, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen, wurde auch im Jahr 2013 konsequent verfolgt.

4. Darstellung, Analyse und Beurteilung der Lage

4.1. Vermögenslage

Die zum Jahresende ausgewiesenen Gewinnrücklagen erhöhten sich durch die Zuführung des Bilanzgewinns 2012. Insgesamt weist die Sparkasse inklusive des Bilanzgewinns 2013 vor Gewinnverwendung ein bilanzielles Eigenkapital von 54,6 Mio. EUR (Vorjahr 53,8 Mio. EUR) aus. Neben den Gewinnrücklagen verfügt die Sparkasse über umfangreiche weitere Eigenkapitalbestandteile. So wurde der Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB durch eine Umwidmung von 34,4 Mio. EUR zu Lasten der Vorsorgereserven gemäß § 340f HGB und eine zusätzliche Vorsorge aus dem Jahresabschluss 2013 von 10,4 Mio. EUR auf 77,9 Mio. EUR erhöht. Es besteht eine zusätzliche Vorsorge zur Absicherung des Risikos, das die Sparkasse während der voraussichtlich langfristigen Abwicklungsdauer der "Ersten Abwicklungsanstalt" von 25 Jahren trägt. Diese Vorsorge beträgt zum 31. Dezember 2013 2,2 Mio. EUR.

Die Eigenkapitalanforderungen des KWG wurden jederzeit eingehalten. Das Verhältnis der angerechneten Eigenmittel, bezogen auf die Gesamtsumme aus den Anrechnungsbeträgen für Adressenausfall-, operationelle und Marktrisiken, übertrifft am 31. Dezember 2013 mit 19,19 % den vorgeschriebenen Mindestwert von 8,0 % nach der Solvabilitätsverordnung und den von uns als Mindestgröße festgelegten Zielwert von 9,2 % deutlich. Die Sparkasse weist damit eine angemessene Kapitalbasis auf.

4.2. Finanzlage

Die Zahlungsbereitschaft der Sparkasse war im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund einer angemessenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Die Liquiditätskennziffer der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht wurde stets eingehalten. Die Liquiditätskennziffer (31.12.2013: 4,50) lag im Berichtsjahr durchgängig über dem in der Risikostrategie festgelegten Mindestwert von 1,50. Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden Guthaben bei der Deutschen Bundesbank geführt. Die Kredit- und Dispositionslinien bei der Deutschen Bundesbank und der Helaba wurden nur für ein Testgeschäft bei der Deutschen Bundesbank in Anspruch genommen. Ein Spitzenausgleich erfolgte durch Tagesgeldanlagen bzw. Wochengeldanlagen bei anderen Kreditinstituten der S-Finanzgruppe.

4.3. Ertragslage

Zur Analyse der Ertragslage wird für interne Zwecke und für den überbetrieblichen Vergleich der bundeseinheitliche Betriebsvergleich der Sparkassenorganisation eingesetzt. Zur Ermittlung eines Betriebsergebnisses vor Bewertung werden die Erträge und Aufwendungen um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt, die in der internen Darstellung dem neutralen Ergebnis zugeordnet werden. Auf dieser Basis beträgt das Betriebsergebnis vor Bewertung 1,14 % (Vorjahr 1,12 %) der durchschnittlichen Bilanzsumme des Jahres 2013. Der Planwert von 1,13 % wurde damit leicht übertroffen. Im Vergleich mit den Sparkassen im SVWL wird ein durchschnittlicher Wert erzielt. Dies gilt auch für die auf Basis der Betriebsvergleichswerte zur Unternehmenssteuerung eingesetzte Zielgröße Eigenkapitalrentabilität. Die Eigenkapitalrentabilität vor Steuern (bezogen auf das offen ausgewiesene Kapital zum Jahresbeginn) lag mit 18,4 % über dem Vorjahreswert von 14,5 % und dem Zielwert von 8 %. Bei dieser Berechnung wurden die Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken mit dem Nettobetrag ohne die Umwidmung von Rücklagen nach § 340f HGB berücksichtigt. Die Cost-Income-Ratio (Verhältnis von Aufwendungen und Erträgen) verbesserte sich von 55,7 % auf 55,3 %. Das Unternehmensziel für 2013 von 57,2 % konnte unterschritten und ein deutlich überdurchschnittlicher Wert erzielt werden.

Die wesentlichen Erfolgskomponenten der Gewinn- und Verlustrechnung laut Jahresabschluss sind in der folgenden Tabelle aufgeführt. Die Erträge und Aufwendungen sind nicht um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt.

	2013	2012	Veränderung	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR	%
Zinsüberschuss	27.704	26.484	+ 1.220	4,6
Provisionsüberschuss	5.204	5.063	+ 141	2,8
Sonstige betriebliche Erträge	605	631	- 26	4,1
Personalaufwand	11.861	12.244	- 383	3,1
Anderer Verwaltungsaufwand	5.365	4.854	+ 511	10,5
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.001	998	+ 3	0,3
Ergebnis vor Bewertung und Risikovorsorge	15.286	14.082	+ 1.204	8,5
Ertrag / Vorjahr Aufwand aus Bewertung und Risikovorsorge	35.174	2.500	+37.674	---
Zuführungen Fonds für allgemeine Bankrisiken	44.816	7.964	+ 36.852	---
Ergebnis vor Steuern	5.644	3.618	+ 2.026	56,0
Steueraufwand	4.806	3.593	+1.213	33,8
Jahresüberschuss	838	25	+ 813	---

Zinsüberschuss:	GuV-Posten Nr. 1 bis 4
Provisionsüberschuss:	GuV-Posten Nr. 5 und 6
Sonstige betriebliche Erträge:	GuV-Posten Nr. 8
Sonstige betriebliche Aufwendungen:	GuV-Posten Nr. 11 und 12
Ertrag bzw. Aufwand aus Bewertung und Risikovorsorge:	GuV-Posten Nr. 13 bis 16

Der Zinsüberschuss erhöhte sich um 4,6 % auf 27,7 Mio. EUR. Die durchschnittlichen Aktiv- und Passivzinsen ermäßigten sich entsprechend der allgemeinen Zinsentwicklung. Durch die Präferenz der Kunden zu kürzerfristigen Einlagen erhöhte sich der Fristentransformationsbeitrag. Belastungen entstanden aus dem anhaltenden Konditionenwettbewerb im Kredit- und Einlagengeschäft.

Der Provisionsüberschuss lag insbesondere aufgrund höherer Erträge aus dem Wertpapierdienstleistungsgeschäft um 2,8 % über dem Vorjahreswert.

Die Personalaufwendungen verminderten sich um 0,4 Mio. EUR auf 11,9 Mio. EUR. Der Belastung aus der Tarifierhöhung für 2013 standen geringere Zuführungen zu den Rückstellungen für Pensionen gegenüber. Die anderen Verwaltungsaufwendungen erhöhten sich um 10,5 % auf 5,4 Mio. EUR. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen auf dem Niveau des Vorjahres.

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen nach Verrechnung mit Erträgen (Bewertung und Risikovorsorge) wurden mit einem Ertrag in Höhe von 0,8 Mio. EUR (Vorjahr Aufwand 2,5 Mio. EUR) ausgewiesen. Der ausgewiesene Ertrag resultiert im Wesentlichen aus Wertpapierkursgewinnen sowie aus einem positiven Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft.

Der Jahresüberschuss wird mit 0,8 Mio. EUR ausgewiesen. Er beinhaltet eine beabsichtigte Ausschüttung an den Träger und eine Zuführung zur Sicherheitsrücklage.

Vor dem Hintergrund des intensiven Wettbewerbs und der ertrags- und risikoorientierten Wachstumspolitik des Instituts ist die Sparkasse Rheine mit dem Geschäftsverlauf im Jahr 2013 zufrieden. Unter den gegebenen wirtschaftlichen Bedingungen wird die Geschäftsentwicklung als gut beurteilt.

C. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

D. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

1. Ziele und Strategien des Risikomanagements

Risiken werden eingegangen, wenn Chancen und Risiken in einem angemessenen Verhältnis stehen. Dies geschieht nach geschäftspolitischen und betriebswirtschaftlichen Vorgaben und unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit der Sparkasse. Zur Risikosteuerung besteht ein umfassendes Risikomanagementsystem. Der Vorstand hat in der Risikogesamtstrategie und den untergeordneten Teilrisikostategien die Rahmengrundsätze des Risikomanagements und die risikopolitische Ausrichtung der Sparkasse im Rahmen eines festgelegten Strategieprozesses überprüft und den aktuellen Rahmenbedingungen angepasst. Für die bedeutendsten Risikokategorien der Sparkasse, Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, operationelle Risiken und Liquiditätsrisiko, wurden die separaten Teilrisikostategien aktualisiert. Alle Geschäftsbereiche verfolgen die Zielsetzung, bei den eingegangenen Risiken die Wahrscheinlichkeit der Realisation eines Vermögensverlustes zu minimieren. Dies wird durch frühzeitiges Erkennen von Gefahrensituationen und rechtzeitige Gegenmaßnahmen sichergestellt. Das Risikomanagementsystem wird laufend weiterentwickelt.

Aus der Risikodeckungsmasse wird ein Risikobudget zur Abdeckung der potenziellen Risiken bereitgestellt. Die eingegangenen Einzelrisiken werden im Rahmen der GuV-orientierten Risikotragfähigkeitsrechnung dem Risikobudget gegenübergestellt und eine Auslastungsquote ermittelt. Die Gesamtsumme der Einzelrisiken ist auf die Höhe des Risikobudgets limitiert und wird ebenso wie die Risikodeckungsmasse laufend überprüft. Begrenzt werden die eingegangenen Risiken durch den Umfang des bereitgestellten Risikodeckungspotenzials und des hieraus abgeleiteten gesamten Risikolimits. Daneben existieren für einzelne Risiken ergänzende Risiko- und Volumenlimite. Die Limitauslastung wird regelmäßig durch das Risikomanagement überwacht und gegenüber dem Vorstand kommuniziert, so dass rechtzeitig - sofern erforderlich - entsprechende Handlungsmaßnahmen ergriffen werden können. Der Risikoausschuss und der Verwaltungsrat der Sparkasse nehmen die Entwicklung der Risikolage regelmäßig zur Kenntnis.

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat die Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) zum 14. Dezember 2012 aktualisiert. Fristgerecht zum 31. Dezember 2013 wurden die neuen Anforderungen umgesetzt. Die Umsetzung von Basel III erstreckt sich über mehrere Jahre. Sie erfolgt unter Federführung der Abteilung Unternehmenssteuerung. Dadurch werden sich u.a. die Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung sowie an die Liquiditätsrisikosteuerung von Kreditinstituten erhöhen.

2. Risikomanagementsystem

Zur Identifizierung, Bewertung und Steuerung der Risiken hat der Vorstand ein Risikomanagement- und -überwachungssystem eingerichtet. Das vorrangige Ziel des Risikomanagementprozesses besteht darin, mögliche Risiken transparent und damit steuerbar zu machen. Das Risikomanagement umfasst die Verfahren zur Identifizierung und Bewertung der Risiken, die Festlegung von geeigneten Steuerungsmaßnahmen sowie die notwendigen Kontrollprozesse. Unter dem Begriff "Risiko" wird dabei eine Verlust- oder Schadensgefahr für die Sparkasse verstanden, die entsteht, wenn eine erwartete künftige Entwicklung ungünstiger verläuft als geplant oder sogar existenzbedrohend wird. Die Verringerung oder das vollständige Ausbleiben einer Chance zur Erhöhung der Erträge oder des Sparkassenvermögens wird nicht als Risiko angesehen. Das Risikomanagementsystem ist Bestandteil einer ordnungsgemäßen Geschäftsorganisation gemäß § 25a Abs. 1 KWG und dient dem Vor-

stand, dem Verwaltungsrat sowie dem Risikoausschuss zur Überwachung der Risiken aus der geschäftlichen Tätigkeit der Sparkasse.

Für alle risikorelevanten Geschäfte ist die in den MaRisk geforderte Funktionstrennung bis in die Ebene des Vorstands zwischen Handel/Markt einerseits und Abwicklung, Kontrolle und Risikocontrolling/Marktfolge andererseits festgelegt. Risikobehaftete Geschäfte werden nur getätigt, sofern deren Risikogehalt von allen damit befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beurteilt werden kann. Bevor Geschäfte mit neuen Produkten oder auf neuen Märkten regelmäßig abgeschlossen werden, ist im Rahmen einer Testphase das Risikopotenzial dieser Geschäfte zu bewerten und sind die für die Abwicklung notwendigen Prozesse in Arbeitsanweisungen festzulegen. Die Innenrevision prüft in regelmäßigen Abständen das Risikomanagementsystem. Zielsetzung der Prüfungen ist insbesondere die ordnungsgemäße Handhabung der festgelegten Regelungen sowie die Feststellung von Schwachstellen im Risikomanagementsystem und die Überwachung der Umsetzung notwendiger Anpassungen.

Der Verwaltungsrat wird vierteljährlich durch den Gesamtrisikobericht über die Einhaltung der Risikostrategie informiert. Ferner wird der Verwaltungsrat nach klar definierten Vorgaben ad hoc über Risikoereignisse von wesentlicher Bedeutung in Kenntnis gesetzt.

3. Risikomanagementprozess

Aus dem Gesamtsystem hat unser Haus einen Managementprozess zur Erkennung und Bewertung von Risiken (strategische, jährliche Risikoinventur) sowie zur Messung, Steuerung und Kontrolle von Risiken (operative, dauerhafte Tätigkeiten) abgeleitet. Anhand von Risikoindikatoren erfolgen eine systematische Ermittlung der Risiken sowie deren Einordnung in einen Risikokatalog.

Die Ermittlung der weiteren Risiken erfolgt zum Teil auf Basis von Schätzungen.

Die Messung der Risiken erfolgt für die in eine Risikotragfähigkeitsrechnung einbezogenen wesentlichen Risiken grundsätzlich nach der handelsrechtlichen (GuV-orientierten) Sichtweise. In diesem Konzept werden die Risiken danach gemessen, ob und in welcher Höhe ihr Eintritt Auswirkungen auf den handelsrechtlichen Jahresüberschuss der Sparkasse hat.

Daneben werden die aufsichtsrechtlich vorgegebenen Relationen als strenge Nebenbedingung regelmäßig ermittelt und überwacht. Unter Berücksichtigung der laufenden Ergebnisprognose sowie der vorhandenen Reserven wird ein Risikobudget festgelegt. Auf das Risikobudget werden alle wesentlichen Risiken der Sparkasse angerechnet. Mit Hilfe der handelsrechtlichen Betrachtung wird gewährleistet, dass die Auslastung des Risikobudgets jederzeit sowohl aus dem handelsrechtlichen Ergebnis als auch aus vorhandenem Vermögen der Sparkasse getragen werden kann. Die Sparkasse führt in der handelsrechtlichen Sichtweise ab Mitte des Jahres darüber hinaus auch eine Risikotragfähigkeitsrechnung für das Folgejahr durch. Neben der Risikotragfähigkeitsrechnung werden regelmäßig Stressszenarien berechnet, bei denen die Anfälligkeit der Sparkasse gegenüber unwahrscheinlichen, aber plausiblen Ereignissen analysiert wird. Dabei wird auch das Szenario eines schweren konjunkturellen Abschwungs analysiert sowie ein inverser Stresstest durchgeführt. Die Stresstests berücksichtigen dabei auch Risikokonzentrationen innerhalb (Intra-Risikokonzentrationen) und zwischen einzelnen Risikoarten (Inter-Risikokonzentrationen). Diversifikationseffekte, die das Gesamtrisiko mindern würden, werden nicht berücksichtigt. Über die eingegangenen Risiken wird dem Gesamtvorstand der Sparkasse regelmäßig schriftlich berichtet. Eine Ad-hoc-Berichterstattung ist bei Risikoereignissen von wesentlicher Bedeutung vorgesehen. Die zur Steuerung bzw. Verringerung von Risiken einzusetzenden Instrumente sind vom Vorstand festgelegt worden. Die Bearbeitungs- und Kontrollprozesse sind umfassend in Arbeitsanweisungen beschrieben. Die durchgeführten Maßnahmen zur Steuerung bzw. Verringerung der Risiken werden regelmäßig überprüft. Verbesserungsmöglichkeiten fließen in den Risikomanagementprozess ein.

Die Innenrevision gewährleistet die unabhängige Prüfung und Beurteilung sämtlicher Aktivitäten und Prozesse der Sparkasse sowie von ihr ausgelagerter Bereiche. Sie achtet dabei insbesondere auf die Angemessenheit und Wirksamkeit des Risikomanagements und berichtet unmittelbar dem Vorstand.

4. Aufgabenzuordnung im Rahmen des Risikomanagementsystems

Für alle Teilschritte des Risikomanagements sind Verantwortlichkeiten festgelegt worden. Die Ergebnisse der Risikoinventur werden zentral vom Risikomanager überprüft. Zu seinen Aufgaben gehören die Analyse und Quantifizierung der Risiken, die Überwachung der Einhaltung der vom Vorstand festgelegten Limite und die Risikoberichterstattung. Der Risikomanager ist auch für die Fortentwicklung des Risikomanagementsystems und die Abstimmung der gesamten Aktivitäten im Risikomanagement verantwortlich. Das Risikomanagementsystem ist in einem Risikohandbuch dokumentiert.

Die folgende Übersicht zeigt die im Risikohandbuch der Sparkasse beschriebenen wesentlichen Risikokategorien:



Aufbauend auf der GuV-orientierten Risikotragfähigkeitsrechnung werden im Rahmen der Gesamtbanksteuerung die wesentlichen Risiken limitiert. Ferner ist der Umgang mit wesentlichen Risiken sowie Risikokonzentrationen in der Risikostrategie und der Kreditrisikostrategie beschrieben.

5. Strukturierte Darstellung der wesentlichen Risikoarten

5.1. Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft

Unter dem Adressenausfallrisiko im Kreditgeschäft verstehen wir die Gefahr, dass ein Kreditnehmer die ihm gewährten Kredite nicht bzw. nur eingeschränkt oder nicht vollständig vertragsgemäß zurückzahlen kann oder will. Zur Steuerung der Adressenausfallrisiken hat der Vorstand der Sparkasse eine gesonderte Kreditrisikostategie festgelegt, die jährlich überprüft wird. Im Rahmen dieser Strategie werden Ziele zur Verbesserung der Risikoposition festgelegt, die schwerpunktmäßig Bonitätsbegrenzungen für das Kreditneugeschäft betreffen. Grundlage jeder Kreditentscheidung ist eine detaillierte Bonitätsbeurteilung der Kreditnehmer. Im risikorelevanten Kreditgeschäft gemäß MaRisk ist ein zweites Kreditvotum durch den vom Markt unabhängigen Marktfolgebereich notwendig.

Für die Risikotragfähigkeitsberechnung werden die Adressenausfallrisiken wie folgt simuliert:

Erwarteter Verlust Kundenkredite:
Durchschnittliche Ausfallquote der letzten 10 Geschäftsjahre

Unerwarteter Verlust (99 % Quantil) Kundenkredite:
Erwartungswert laut Simulation mit der Software „GuV Kreditrisikomodel“. Die vom Model ermittelten Werte werden durch einen „systematischen Faktor“ erhöht.

Die bereitgestellten Limite wurden in 2013 nur teilweise belegt. Das Bewertungsergebnis für das Kreditgeschäft weist einen Ertrag aus.

Zum 31. Dezember 2013 wurden etwa 31,4 % der zum Jahresende ausgelegten Kreditmittel an Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen und 68,6 % an wirtschaftlich unselbstständige und sonstige Privatpersonen vergeben. Der Anteil der Kredite an wirtschaftlich unselbstständige und sonstige Privatpersonen liegt deutlich über dem Verbandsdurchschnitt des SVWL.

Die auf der nächsten Seite folgende Darstellung enthält den Gesamtbetrag der Forderungen zum Offenlegungstichtag, verteilt auf geografische Hauptgebiete, Hauptbranchen und vertragliche Restlaufzeiten. Die bilanziellen und außerbilanziellen Geschäfte werden jeweils mit ihren Buchwerten vor Kreditrisikominderung ausgewiesen. Für derivative Instrumente errechnen wir Kreditäquivalenzbeträge nach den aufsichtsrechtlichen Standards. Die Zuteilung zu den jeweiligen Kategorien wird gemäß SolvV vorgenommen. Die Ermittlung der Zahlen wird ebenfalls gemäß den Vorgaben der SolvV vorgenommen. Auf die Angabe von Durchschnittsbeständen wird verzichtet, weil die Beträge am Offenlegungstichtag nicht wesentlich von den Durchschnittsbeträgen abweichen.

Kredite, Zusagen und andere nicht derivative außerbilanzielle Aktiva	
	TEUR
Gesamtbetrag der Forderungen	1.082.719
Verteilung der Forderungsarten nach geografischen Hauptgebieten	
Deutschland	1.081.289
EU	1.211
Sonstige	219
Verteilung der Forderungsarten nach Hauptbranchen	
Banken	182.757
Investmentfonds	--
Privatpersonen	557.199
Öffentliche Haushalte*	15.368
Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen	317.067
- Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	19.748
- Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen Erden	17.738
- Verarbeitendes Gewerbe	44.860
- Baugewerbe	28.684
- Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	54.823
- Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	13.176
- Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	2.703
- Grundstücks- und Wohnungswesen	83.177
- Sonstiges Dienstleistungsgewerbe	52.158
Organisationen ohne Erwerbszweck	10.328
Verteilung der Forderungsarten nach vertraglichen Restlaufzeiten	
< 1 Jahr	272.434
1 Jahr bis 5 Jahre	142.716
> 5 Jahre bis unbefristet	667.569
<p>Zu *) Hierbei handelt es sich um "öffentliche Haushalte" im Sinne der Kundensystematik der Bundesbank. Darunter fallen die Gebietskörperschaften des öffentlichen Rechts, kommunale Zweckverbände, Regie-/Eigenbetriebe, die Sondervermögen des Bundes und die Sozialversicherung. Davon abzugrenzen sind die "Kommunalkredite" (laut Tabelle "Kreditgeschäft der Sparkasse"). Zu den Kommunalkrediten zählen neben sämtlichen Krediten an öffentliche Haushalte nach Bundesbankdefinition auch alle Kredite an Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts. In der Tabelle "Kreditgeschäft der Sparkasse" sind zusätzlich kommunal verbürgte Kredite enthalten.</p>	

Die Größenklassenstruktur zeigt insgesamt eine breite Streuung des Kreditgeschäfts¹.

Größenklasse	1	2	3	4
in Mio. €	bis 1,0	1,0 bis 3,0	3,0 bis 7,0	ab 7,0
Anzahl in %	99,4	0,5	0,1	unter 0,1
Volumen in %	77,9	7,9	6,7	7,4

Die Kreditrisikostrategie ist ausgerichtet auf Kreditnehmer mit guten Bonitäten bzw. geringeren Ausfallwahrscheinlichkeiten². Dies wird durch die Neugeschäftsplanung unterstützt.

Ratingklasse	Anzahl in %	Volumen in %
1 bis 9	84,2	85,9
10 bis 15	10,6	9,7
16 bis 18	2,0	2,0
Ohne Rating	3,2	2,4

Ein Schwerpunkt des Kreditgeschäfts sind Kredite und Darlehen, die mit Grundschulden abgesichert sind. Bei der Bewertung dieser Objekte legen wir vorsichtige Maßstäbe an und haben spezielle Überwachungsinstrumente implementiert, sodass sich in Verbindung mit der guten Ortskenntnis nur überschaubare Risiken ergeben. Die regionale Wirtschaftsstruktur spiegelt sich im Kreditgeschäft der Sparkasse wider. Der Schwerpunkt bei der Branchengliederung liegt im Dienstleistungssektor, darunter insbesondere im Grundstücks- und Wohnungswesen. Bemerkenswerte Risikokonzentrationen in Branchen sind nicht erkennbar. Im Hinblick auf den geringen Umfang der Auslandskredite ist das Länderrisiko aus dem Kreditgeschäft ohne größere Bedeutung.

Das Länderrisiko, das sich aus unsicheren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen eines anderen Landes ergeben kann, ist für die Sparkasse von untergeordneter Bedeutung. Das an Kreditnehmer mit Sitz im Ausland ausgelegte Kreditvolumen einschließlich Wertpapieren betrug am 31. Dezember 2013 9,5 % des Gesamtkreditvolumens im Sinne des § 19 Abs. 1 KWG.

Für die Risikoklassifizierung setzen wir die von der Sparkassen-Finanzgruppe entwickelten Rating- und Scoringverfahren ein. Mit diesen Verfahren werden die einzelnen Kreditnehmer zur Preisfindung und zur Steuerung des Gesamtkreditportfolios entsprechend ihren individuellen Ausfallwahrscheinlichkeiten einzelnen Risikoklassen zugeordnet. Auf dieser Basis ermittelt die Sparkasse die Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft. Die Abschirmung der Adressenausfallrisiken ist im Rahmen unserer Risikotragfähigkeitsrechnung durch das zugewiesene Risikodeckungspotenzial sichergestellt.

Zur Steuerung des Gesamtkreditportfolios werden die gerateten Kreditnehmer einzelnen Risikoklassen zugeordnet. Das Gesamtrisiko unseres Kreditportfolios wird auf der Grundlage der Risikoklassifizierungsverfahren ermittelt. Den einzelnen Risikoklassen werden jeweils vom DSGV validierte Ausfallwahrscheinlichkeiten zugeordnet. Die Verlustverteilung des Kreditportfolios wird in einen "erwarteten Verlust" und einen "unerwarteten Verlust" unterteilt. Der "erwartete Verlust" als statistischer Erwartungswert wird im Rahmen der Kalkulation als durchschnittliche Ausfallquote der letzten zehn Geschäftsjahre bezogen auf die aktuelle Kreditinanspruchnahme berücksichtigt. Der "unerwartete Verlust" (ausgedrückt als Value-at-Risk) spiegelt die möglichen Verluste wider, die unter Berücksichtigung eines Konfidenzniveaus von 99,0 % innerhalb der nächsten zwölf Monate voraussichtlich nicht überschritten werden. Mit Hilfe dieser Informationen werden auch die Veränderungen des Kreditportfolios analysiert.

Konzentrationen bestehen im Kreditportfolio in folgendem Bereich: Bei den Kreditsicherheiten haben wir eine Konzentration im Bereich der Grundschulden an Objekten im Ausleihbezirk. Bei der Bewertung legen wir vorsichtige Maßstäbe an, sodass sich in Verbindung mit der guten Ortskenntnis nur überschaubare Bewertungsrisiken ergeben.

¹ Die Auswertung erfolgt auf Basis von Wirtschaftsverbänden. Der Wirtschaftsverband geht über den § 19.2 KWG-Verband hinaus und stellt eine Zusammenfassung von wirtschaftlich abhängigen Personen dar.

² Die Auswertung erfolgt auf Basis von Wirtschaftsverbänden. Der Wirtschaftsverband geht über den § 19.2 KWG-Verband hinaus und stellt eine Zusammenfassung von wirtschaftlich abhängigen Personen dar. Die Ratingnoten basieren auf der DSGV-Masterskala. Die Note 1 stellt dabei die bestmögliche Note dar. Ab der Note 16 beginnen die Ausfallkategorien.

Diese Konzentration ist systembedingt und damit strategiekonform. Insgesamt ist unser Kreditportfolio sowohl nach Branchen und Größenklassen als auch nach Ratinggruppen gut diversifiziert. Die Adressenausfallrisiken entwickelten sich in 2013 rückläufig. Das Bewertungsergebnis Kreditgeschäft hat sich in 2013 verbessert.

Zur frühzeitigen Identifizierung der Kreditnehmer, bei deren Engagements sich erhöhte Risiken abzuzeichnen beginnen, setzen wir ein Frühwarnsystem auf Basis von OSPlus-Daten ein. Im Rahmen dieses Verfahrens sind quantitative und qualitative Indikatoren festgelegt worden, die eine Früherkennung von Kreditrisiken ermöglichen.

Soweit einzelne Kreditengagements festgelegte Kriterien aufweisen, die auf erhöhte Risiken hindeuten, werden diese Kreditengagements einer gesonderten Beobachtung unterzogen (Intensivbetreuung). Kritische Kreditengagements werden von spezialisierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf der Grundlage eines Sanierungs- bzw. Abwicklungskonzepts betreut (Problemkredite). Risikovororgemaßnahmen sind für alle Engagements vorgesehen, bei denen nach umfassender Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer davon ausgegangen werden kann, dass es voraussichtlich nicht mehr möglich sein wird, alle fälligen Zins- und Tilgungszahlungen gemäß den vertraglich vereinbarten Kreditbedingungen zu vereinnahmen. Bei der Bemessung der Risikovororgemaßnahmen werden die voraussichtlichen Realisationswerte der gestellten Sicherheiten berücksichtigt. Der Vorstand wird vierteljährlich über die Entwicklung der Strukturmerkmale des Kreditportfolios, die Einhaltung der Limite und die Entwicklung der notwendigen Vorsorgemaßnahmen für Einzelrisiken schriftlich unterrichtet. Eine Ad-hoc-Berichterstattung ergänzt bei Bedarf das standardisierte Verfahren. Die Kreditstruktur und ihre Entwicklung im Jahr 2013 entsprechen der vom Vorstand vorgegebenen neutralen Risikoeinstellung.

Notleidende und in Verzug geratene Kredite

Für die Sparkasse gilt ein Engagement ab dem ersten Tag einer Limitüberziehung als „überzogen“. Ein Ausfall liegt ab einem ununterbrochenen Zahlungsverzug von mehr als 90 Tagen vor.

Forderungen werden im Rahmen der SolvV als „in Verzug“ klassifiziert, wenn diese mehr als 90 aufeinanderfolgende Tage mit einem Betrag von mind. 100 EUR überfällig sind. Der Verzug wird in unserem Hause dabei kontenbezogen (§ 25 Abs. 16 SolvV) ermittelt.

Die Einstufung von Forderungen als „notleidend“ orientiert sich an den Kriterien zur Bildung der Risikovororgemaßnahmen (alle Forderungen mit EWB's, asservierten Zinsen oder Rückstellungen).

Von dem Gesamtbetrag an Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen entfällt der überwiegende Teil auf Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Personen. Die Direktabschreibungen, Eingänge auf abgeschriebene Forderungen, Kredite in Verzug (ohne Wertberichtigungsbedarf) und Nettozuführungen/Auflösungen von EWB entfallen nahezu ausschließlich auf im Inland ansässige Privatpersonen und Unternehmen. Der Anteil von Forderungen in Verzug (ohne Wertberichtigungen) außerhalb Deutschlands ist von untergeordneter Bedeutung. Wechselkursbedingte und sonstige Veränderungen lagen zum Berichtsstichtag nicht vor.

Entwicklung der Risikovororgemaßnahmen:

Art der Risikovororgemaßnahme	Anfangsbestand per 01.01.2013	Zuführung	Auflösung	Verbrauch	Endbestand per 31.12.2013
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
EWB	5.682	963	1.176	139	5.330
Rückstellungen	--	--	--	--	--
PWB	651	--	254	--	397
Gesamt	6.333	963	1.430	139	5.727

In der nachfolgenden Tabelle stammen die Zahlen des Bruttokreditvolumens aus dem Meldewesen zur SolvV mit den Werten zum Stichtag 31.12.2013. Die Zahlen zu Einzelwertberichtigungen sind hingegen aus dem Jahresabschluss 31.12.2013.

	Gesamt- inanspruch- nahme aus notleidenden und in Ver- zug gerate- nen Forde- rungen	EWB und Rück- stellungen	Nettozu- führungen/ Auflösun- gen von EWB/Rück- stellungen	Kredite in Ver- zug (ohne Wertberichti- gungsbedarf)
Hauptbranchen	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Banken	--	--	--	--
Investmentfonds	--	--	--	--
Öffentliche Haushalte	--	--	--	--
Privatpersonen	4.419	2.616	142	4.533
Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen	3.665	2.714	-356	1.064
- Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	78	78	9	--
- Energie- und Wasserversor- gung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	--	--	--	--
- Verarbeitendes Gewerbe	443	418	11	94
- Baugewerbe	260	239	-28	258
- Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahr- zeugen	1.177	735	-149	212
- Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	25	25	-71	1
- Finanz- und Versicherungs- dienstleistungen	16	16	-3	7
- Grundstücks- und Wohnungs- wesen	762	534	1	200
- Sonstiges Dienstleistungs- gewerbe	904	669	-126	292
Organisationen ohne Erwerbszweck	--	--	--	--
Sonstige	--	--	--	--
Geografische Hauptgebiete				
Deutschland	8.016	5.262	-174	5.556
EU	68	68	-40	41
Sonstige	--	--	--	--
Gesamt	8.084	5.330	-214	5.597

Eine Aufgliederung der Direktabschreibungen nach Branchen erfolgte aufgrund ihrer geringen Höhe von 9 TEUR nicht. Rückstellungen für Ausfallrisiken haben wir nicht im Bestand. Die Eingänge aus abgeschriebenem Forderungen belaufen sich auf 164 TEUR.

Die Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft bewegten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr innerhalb der vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Grenzen. Im Hinblick auf den geringen Umfang der Auslandskredite ist das Länderrisiko aus dem Kreditgeschäft ohne größere Bedeutung.

5.2. Adressenausfallrisiken der Beteiligungen

Die Beteiligungen der Sparkasse, sowohl direkte als auch indirekte Beteiligungen, wurden im Wesentlichen aufgrund langfristiger strategischer Überlegungen eingegangen, um den Verbund der Sparkassen-Finanzgruppe zu stärken. Sie dienen letztendlich der Erfüllung des öffentlichen Auftrags durch den Gesetzgeber sowie der Förderung des Sparkassenwesens.

Unter dem Adressenausfallrisiko aus Beteiligungen verstehen wir die Gefahr einer Wertminderung des Unternehmenswertes. Für die Beteiligungen besteht eine eigenständige Strategie. Für die Sparkasse Rheine ist das Beteiligungsgeschäft grundsätzlich kein aktives Geschäftsfeld. Im abgelaufenen Geschäftsjahr hatten wir keine börsennotierten Beteiligungen im Bestand. In der Bilanz weisen wir einen Gesamtwert von 9,5 Mio. EUR aus. Die einzige wesentliche Beteiligung der Sparkasse ist die Beteiligung am Sparkassenverband Westfalen-Lippe mit einem Buchwert von 9,5 Mio. EUR. Die übrigen Beteiligungen sind von untergeordneter wirtschaftlicher Bedeutung. Die Beteiligungsstrategie sieht keine Übernahme weiterer Beteiligungen vor. Die Adressenausfallrisiken der Beteiligungen werden gesondert untersucht. Die Risiken aus Beteiligungen beziehen wir in unser Risikomanagement ein.

Aus der Beteiligung am SVWL resultieren Risiken hinsichtlich der weiteren Wertentwicklungen der Beteiligungen des SVWL, die wir in unser Risikomanagement einbeziehen. Außerdem haftet die Sparkasse entsprechend ihrem Anteil am Stammkapital des SVWL für unerwartete Risiken aus dem Auslagerungsportfolio „Erste Abwicklungsanstalt“ (EAA), in das strategisch nicht notwendige Vermögenswerte der ehemaligen WestLB AG zwecks Abwicklung übertragen wurden und stellt dazu Teile ihres Jahresüberschusses in eine zweckgebundene Ansparrücklage ein.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert; bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen.

In unserer Risikomessung und -steuerung für unerwartete Risiken berücksichtigen wir Beteiligungsrisiken mit dem höchsten negativen Bewertungsaufwand der letzten zehn Jahre.

5.3. Adressenausfallrisiken und Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften

Zu den Handelsgeschäften zählen wir alle in den MaRisk festgelegten Geschäftsarten.

5.3.1. Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften

Unter dem Adressenausfallrisiko aus Handelsgeschäften verstehen wir die Gefahr von Bonitätsverschlechterungen oder des Ausfalls eines Emittenten oder Kontrahenten. Für die Limitierung des Adressenausfallrisikos aus Eigenanlagegeschäften setzt die Sparkasse individuelle Emittenten- und Kontrahentenlimite fest. Hierbei werden externe Ratings und die damit verbundenen Ausfallwahrscheinlichkeiten berücksichtigt.

Für die Risikotragfähigkeitsberechnung werden die Adressenausfallrisiken wie folgt simuliert:

Erwarteter Verlust Eigenanlagen:

Erwartungswert laut Simulation mit der Software „GuV Kreditrisikomodel“ bezogen auf die Eigenanlagen, denen wir prinzipiell ein Adressenausfallrisiko beimessen (50 % Quantil).

Unerwarteter Verlust Eigenanlagen (99 % Quantil):

Erwartungswert laut Simulation mit der Software „GuV Kreditrisikomodel“. Die vom Model ermittelten Werte werden durch einen „systematischen Faktor“ erhöht. Einbezogen werden nur diejenigen Eigenanlagen, denen wir prinzipiell ein Adressenausfallrisiko beimessen.

Die bereitgestellten Limite wurden in 2013 nur teilweise belegt. Verluste/Ausfälle waren in 2013 nicht zu verzeichnen.

Der Bestand der Wertpapiere entfällt im Wesentlichen auf Schuldverschreibungen und Anleihen (232,8 Mio. EUR), den Wertpapierspezialfonds (129,4 Mio. EUR) sowie Immobilienfonds (13,5 Mio. EUR). Die von uns direkt gehaltenen und von Kreditinstituten und Unternehmen emittierten Wertpapiere weisen nahezu vollständig ein Rating aus dem Investmentgradebereich auf. Bei den Wertpapieren ohne Rating handelt es sich um Anteile an Immobilienfonds. Für die im Wertpapierspezialfonds gehaltenen Anlagen bestehen Anlagerichtlinien, die insbesondere das Anlageuniversum, die Volumina für Einzelinvestments sowie die erlaubten Ratingstrukturen definieren. Darüber hinaus wird der Geschäftsumfang durch die vom Vorstand vorgegebene Marktpreisrisikostategie und durch Rahmengrundsätze begrenzt.

Die Wertpapieranlagen der Sparkasse verteilen sich auf folgende geografische Hauptgebiete, Hauptbranchen und Restlaufzeiten. Für die Zuordnung der Spezial- und Publikumsfonds zu den geografischen Hauptgebieten wird auf das Sitzland der Kapitalanlagegesellschaft abgestellt. Die Zuteilung zu der Kategorie Wertpapiere entspricht den Vorgaben der SolvV. Die Ermittlung der Zahlen wird ebenfalls gemäß den Vorgaben der SolvV vorgenommen.

Wertpapiere	
	TEUR
Gesamtbetrag der Forderungen	374.053
Verteilung der Forderungsarten nach geografischen Hauptgebieten	
Deutschland	363.940
EU	10.113
Sonstige	--
Verteilung der Forderungsarten nach Hauptbranchen	
Banken	210.770
Investmentfonds	142.937
Privatpersonen	--
Öffentliche Haushalte*	20.346
Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen	--
Organisationen ohne Erwerbszweck	--
Verteilung der Forderungsarten nach vertraglichen Restlaufzeiten	
< 1 Jahr	17.000
1 Jahr bis 5 Jahre	97.368
> 5 Jahre bis unbefristet	259.685
<small>Zu *) Hierbei handelt es sich um "öffentliche Haushalte" im Sinne der Kundensystematik der Bundesbank. Darunter fallen die Gebietskörperschaften des öffentlichen Rechts, kommunale Zweckverbände, Regie-/Eigenbetriebe, die Sondervermögen des Bundes und die Sozialversicherung. Davon abzugrenzen sind die "Kommunalkredite" (laut Tabelle "Kreditgeschäft der Sparkasse"). Zu den Kommunalkrediten zählen neben sämtlichen Krediten an öffentliche Haushalte nach Bundesbankdefinition auch alle Kredite an Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts. In der Tabelle "Kreditgeschäft der Sparkasse" sind zusätzlich kommunal verbürgte Kredite enthalten.</small>	

Das Adressenausfallrisiko aus Handelsgeschäften wird über Mindestratings und Limite für einzelne Emittenten sowie für Kontrahenten begrenzt. Das Limitsystem dient u.a. der Steuerung von Konzentrationsrisiken. In der internen Steuerung werden zur Berechnung des Adressenausfallrisikos die historischen Ausfallwahrscheinlichkeiten von S&P zugrunde gelegt. Falls einzelne Papiere über kein Rating von S&P verfügen, werden grundsätzlich die Ratings anderer Ratinggesellschaften herangezogen (Moody's, Fitch).

Die von der Sparkasse direkt angelegten und die im Wertpapierspezialfonds gehaltenen verzinslichen Wertpapiere verteilen sich auf folgende Ratingstufen:

Bonität	Moody's	Standard & Poor's	auf Basis Tageswerte	
			31.12.2013 in %	31.12.2012 in %
exzellent, praktisch kein Ausfallrisiko	Aaa	AAA	10,5	12,8
sehr gut bis gut	Aa1 - Aa3	AA+ - AA-	6,0	6,7
gut bis befriedigend	A1 - A3	A+ - A-	47,1	53,5
befriedigend bis ausreichend	Baa1 - Baa3	BBB+ - BBB-	36,4	27,0
mangelhaft, anfällig für Zahlungsverzug	Ba1 - Ba3	BB+ - BB-	0	0
Mangelhaft, stark anfällig für Zahlungsverzug	B1 - B3	B+ - B-	0	0
ohne Rating			0	0
			100,0	100,0

Konzentrationen bestehen hinsichtlich der Forderungen an Landesbanken, die zum Jahresende rund 328 Mio. EUR ergaben. Diese Konzentration ergibt sich als Folge der Mitgliedschaft in der Sparkassenorganisation. Zu berücksichtigen sind dabei auch der Haftungsverbund sowie unsere Beteiligungen, von denen 99,9 % auf Gesellschaften der Sparkassenorganisation entfallen.

Länderrisiko	Länderrating		auf Basis Tageswerte	
	Moody's	Standard & Poor's	31.12.2013 in %	31.12.2012 in %
inländische Emittenten			64,5	68,5
ausländische Emittenten				
exzellent, praktisch kein Ausfallrisiko	Aaa	AAA	11,5	13,7
sehr gut bis gut	Aa1 - Aa3	AA+ - AA-	11,4	10,0
gut bis befriedigend	A1 - A3	A+ - A-	0,3	0,2
befriedigend bis ausreichend	Baa1 - Baa3	BBB+ - BBB-	11,3	6,9
mangelhaft, anfällig für Zahlungsverzug	Ba1 - Ba3	BB+ - BB-	0,8	0,6
Ohne Rating			0,2	0,1
			100,0	100,0

Zum 31. Dezember 2013 beträgt der Kurswert unserer Finanzanlagen in Staatsanleihen der PIIGS-Staaten insgesamt 18,9 Mio. EUR. Davon entfallen auf Italien 16,3 Mio. EUR und auf Spanien 2,6 Mio. EUR. Darüber hinaus werden Anleihen von Kreditinstituten/Unternehmen aus Italien, Spanien und Irland mit einem Kurswert von 28,4 Mio. EUR gehalten.

Die Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften bewegten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr innerhalb der vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Grenzen. Im Hinblick auf die Länderratings der Wertpapiere von Emittenten mit Sitz im Ausland im Investment Grade ist das Länderrisiko aus dem Handelsgeschäft ohne besondere Bedeutung.

5.3.2. Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften

Marktpreisrisiken beschreiben die Gefahren negativer Entwicklungen der Geld- und Kapitalmärkte für die Sparkasse. Diese ergeben sich aus Veränderungen der Marktpreise von z. B. Wertpapieren, Währungen, Immobilien und Rohstoffen sowie aus Schwankungen der Zinssätze. Zur Steuerung der Marktpreisrisiken hat der Vorstand der Sparkasse eine gesonderte Marktpreisrisikostrategie festgelegt, die mindestens jährlich überprüft wird.

Der Bestand der bilanzwirksamen Handelsgeschäfte hat sich zum Bilanzstichtag wie folgt entwickelt:

Anlagekategorie	Buchwerte	
	31.12.2013 Mio. EUR	31.12.2012 Mio. EUR
1) Tages- und Termingelder	73,5	76,5
2) Namenspfandbriefe / Schuldscheindarlehen	101,9	79,8
3) Schuldverschreibungen und Anleihen	232,8	215,9
4) Wertpapierspezialfonds	129,4	125,5
5) Sonstige Investmentfonds	13,5	13,2
	551,1	510,9

In der Eigengeschäftsstrategie hat der Vorstand die grundlegende Anlagestrategie festgelegt.

Die Ermittlung der Marktpreisrisiken der bewertungsrelevanten Handelsgeschäfte (Position 3 bis 5) erfolgt anhand von Overnight- und Value-at-Risk-Szenarien, letztere mit einer fest vorgegebenen Haltedauer von 21 Tagen. Darüber hinaus wird eine laufend aktualisierte Bewertung zu Marktpreisen (Mark-to-Market) durchgeführt. Durch die Vorgabe verschiedener Parameter ist es auch in einer Phase nicht funktionierender Märkte möglich, realistische Kurse zu ermitteln. Der Risikoermittlung liegt eine historische Simulation zugrunde, die es erlaubt, den Wert des Portfolios mit unterschiedlichen Eintrittswahrscheinlichkeiten zu berechnen. Die Risiken werden mit einer 99 %igen Eintrittswahrscheinlichkeit berechnet. Die historische Simulation stützt sich jeweils auf die vergangenen 250 Handelstage.

Zum Stichtag beträgt der VaR 7,0 Mio. EUR. Die angewandten Risikoparameter werden mindestens jährlich einem Backtesting unterzogen, um deren Vorhersagekraft einschätzen zu können.

Die Überwachung des Marktpreisrisikos wird im Controlling mit Hilfe des Systems WPBilanz unter strenger Beachtung der Funktionstrennung zum Handel wahrgenommen. Es wird täglich geprüft, ob sich die Marktpreisrisiken innerhalb der vorgegebenen handelsrechtlichen Limite bewegen. Darüber hinaus werden in der Risikotragfähigkeitsrechnung Einzellimite als Teilbeträge des Risikobudgets vergeben. Bei Überschreitung von Limiten bzw. der vordefinierten Frühwarn Grenzen ist vorgesehen, dass der Gesamtvorstand über Maßnahmen zur Verringerung der Marktpreisrisiken entscheidet.

Der Gesamtvorstand wird wöchentlich, ab 75 % Limitauslastung täglich, über die Ergebnisse und die Risikosituation informiert. Der Überwachungsvorstand unterrichtet den Gesamtvorstand regelmäßig über die Risiko- und Ertragslage der Handelsgeschäfte der Sparkasse. Die Wertveränderungen aus Marktpreisrisiken an den Kapitalmärkten bewegten sich in Summe unter den von uns vorgegebenen und auf die Risikotragfähigkeit der Sparkasse abgestimmten Limite.

5.3.3. Derivative Adressenausfallrisikopositionen

Durch die 1:1 Absicherung von Währungsrisiken aus Devisentermingeschäften unserer Kunden entstehen Adressenausfallrisikopositionen.

Voraussetzung für das Eingehen von derivativen Adressenausfallrisikopositionen ist die Einräumung entsprechender Limite im Rahmen der für vergleichbare Geschäfte des Anlagebuchs bestehenden Kreditgenehmigungsverfahren bzw. die Nutzung bestehender Limite. Die Risikobewertung und -überwachung erfolgen nach den gleichen Grundsätzen wie bei den übrigen Geschäften des Anlagebuchs. Bei der Limitanrechnung orientiert sich die Sparkasse an den Regelungen der SolvV.

Die Bewertung derivativer Finanzinstrumente des Anlagebuchs nach § 17 SolvV erfolgt nach der Laufzeitmethode gemäß § 23 SolvV. Der laufzeitunabhängige Wiedereindeckungsaufwand für eine derivative Adressenausfallrisikoposition ergibt sich durch Multiplikation des marktbeurteilten Anspruchs aus dem Derivat mit der von der Aufsicht vorgegebenen laufzeitabhängigen Volatilitätsrate.

Aufgrund der insgesamt niedrigen Gesamtvolumina der Derivate und der grundsätzlichen Absicherung der Devisenterminkontrakte mit Gegengeschäften ist das Risiko derzeit von untergeordneter Bedeutung.

Das Gesamtvolumen unseres Hauses an derivativen Adressenausfallrisikopositionen liegt deutlich unterhalb von 1 Promille unserer gesamten Risikoaktiva und ist als nicht wesentlich einzustufen.

Die folgende Darstellung zeigt die derivativen Instrumente mit ihren jeweiligen Kreditäquivalenzbeträgen nach Hauptgebieten, Branchen und Restlaufzeiten. Die Zuteilung zu der Kategorie „Derivate“ wird gemäß SolvV vorgenommen. Die Ermittlung der Zahlen entspricht den Vorgaben der SolvV.

Derivate	
	TEUR
Gesamtbetrag der Forderungen	44
Verteilung der Forderungsarten nach geografischen Hauptgebieten	
Deutschland	44
EU	--
Sonstige	--
Verteilung der Forderungsarten nach Hauptbranchen	
Banken	22
Investmentfonds	--
Privatpersonen	--
Öffentliche Haushalte*	--
Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen	22
- Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	22
Organisationen ohne Erwerbszweck	--
Verteilung der Forderungsarten nach vertraglichen Restlaufzeiten	
< 1 Jahr	44
1 Jahr bis 5 Jahre	--
> 5 Jahre bis unbefristet	--
Zu *) Hierbei handelt es sich um "öffentliche Haushalte" im Sinne der Kundensystematik der Bundesbank. Darunter fallen die Gebietskörperschaften des öffentlichen Rechts, kommunale Zweckverbände, Regie-/Eigenbetriebe, die Sondervermögen des Bundes und die Sozialversicherung. Davon abzugrenzen sind die "Kommunalkredite" (laut Tabelle "Kreditgeschäft der Sparkasse"). Zu den Kommunalkrediten zählen neben sämtlichen Krediten an öffentliche Haushalte nach Bundesbankdefinition auch alle Kredite an Anstalten und Körperschaften des öffentlichen Rechts. In der Tabelle "Kreditgeschäft der Sparkasse" sind zusätzlich kommunal verbürgte Kredite enthalten.	

Das Kontrahentenrisiko ist die Gefahr, dass bei Ausfall des Kontrahenten neben den möglicherweise noch ausstehenden Zinszahlungen ein Wiedereindeckungsrisiko entsteht. Ein Wiedereindeckungsrisiko besteht darin, dass durch Veränderung der Marktpreise gegenüber dem ursprünglichen Abschluss höhere oder niedrigere Zinsen für die Festzinsseite zu zahlen sind.

5.3.4. Aktienkursrisiken

Aktienkursrisiken beschreiben die Gefahr, dass durch Preisveränderungen auf den Aktienmärkten die jeweiligen Bestände bzw. offenen Positionen an Wert verlieren und dadurch ein Verlust entsteht.

Aktien wurden in 2013 nicht gehalten.

5.3.5. Währungsrisiken

Die Währungsrisiken, die durch Devisengeschäfte mit unseren Kunden entstehen, werden 1:1 über Micro-Hedges glattgestellt. Durch diese Vorgehensweise entstehen für die Sparkasse keine offenen Devisenpositionen.

Die Währungsrisiken sind hinsichtlich ihrer GuV-Wirkung grundsätzlich von untergeordneter Bedeutung. Bemerkenswerte Konzentrationen sind nicht erkennbar.

Von den Eigenmittelanforderungen für Marktrisikopositionen (SolV) ist für die Sparkasse Rheine, die aufsichtsrechtlich als Nichthandelsbuchinstitut gilt, nur der Bereich der Währungsgesamtposition relevant. Aus den Fremdwährungspositionen ergaben sich per 31. Dezember 2013 keine Eigenkapitalanforderungen. Gleichwohl gehen wir Devisengeschäfte im Kundeninteresse als geschlossene Position ein. Der Umfang der Devisengeschäfte ist geringfügig.

Für regulatorische Zwecke werden derzeit keine eigenen internen Risikomodelle verwandt.

5.4. Zinsänderungsrisiken

Unter dem Zinsänderungsrisiko wird in der periodisch orientierten Sichtweise die negative Abweichung des Zinsüberschusses von einem zuvor erwarteten Wert verstanden. Die Abschreibungsrisiken für festverzinsliche Wertpapiere berücksichtigen wir in den Marktpreisrisiken aus Handelsgeschäften. Die Messung und Steuerung des Zinsänderungsrisikos erfolgt auf periodenorientierter Basis. Ziel der Zinsrisikosteuerung ist es, die Erträge zu optimieren und Risiken aus der Fristentransformation zu begrenzen.

Die Auswirkungen auf die Gewinn- und Verlustrechnung resultieren aus unterschiedlichen Beständen an festverzinslichen Aktiva und Passiva sowie unterschiedlichen Anpassungsgeschwindigkeiten variabel verzinslicher Aktiva und Passiva, sodass sich bei Marktzinsveränderungen z.B. der Zinsaufwand stärker erhöhen kann als der Zinsertrag. In vierteljährlichen Abständen werden die gesamten Zinsänderungsrisiken der Sparkasse mithilfe von Zinsspannsimulationen ermittelt. Es werden unterschiedliche Zinsentwicklungsszenarien simuliert. Der ermittelte Risikobetrag wird im Rahmen einer handelsrechtlichen Risikotragfähigkeitsbetrachtung berücksichtigt.

Die Berechnungen zum Zinsspannenrisiko sind Bestandteil des vierteljährlichen Risikogesamtberichts.

Die handelsrechtlichen Ergebnisgrößen werden mittels einer quartalsweisen Simulationsrechnung unter Berücksichtigung verschiedener Zinsszenarien einander gegenübergestellt. Anhand dieser Berechnungen werden für die Sparkasse besonders belastende bzw. günstige Konstellationen ermittelt. Die Ergebnisse fließen parallel in die Überlegungen zur Disposition des Zinsbuches ein. Zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos werden neben bilanzwirksamen Instrumenten grundsätzlich auch Forward-Vereinbarungen eingesetzt.

Die Auswirkungen vorzeitiger Kreditrückzahlungen sowie das Verhalten von Anlegern bei unbefristeten Einlagen werden derzeit mit Null bewertet.

Die sich aus der Zinsspannsimulation ergebenden Abweichungen haben sich durchgängig innerhalb der vorgegebenen Limite bewegt.

Auf Basis des Rundschreibens 11/2011 der BaFin vom 09. November 2011 (Zinsänderungsrisiken im Anlagebuch; Ermittlung der Auswirkungen einer plötzlichen und unerwarteten Zinsänderung) haben wir zum Stichtag 31. Dezember 2013 die barwertige Auswirkung einer Ad-hoc-Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um + bzw. - 200 Basispunkte errechnet. Die Verminderung des Barwertes gemessen an den regulatorischen Eigenmitteln betrug 12,4 % und lag damit unterhalb der Meldeschwelle von 20 %.

Währung	Zinsänderungsrisiken	
	Zinsschock (+200 / -200 Bp)	
	Vermögensrückgang	Vermögenszuwachs
TEUR	-15.100	15.100

Das Zinsänderungsrisiko der Sparkasse lag im Jahr 2013 innerhalb der vorgegebenen Limite.

Vor dem Hintergrund der angemessenen Kapitalausstattung sowie des geplanten Betriebsergebnisses vor Bewertung und der damit verbundenen Risikotragfähigkeit halten wir die Auswirkungen des Zinsänderungsrisikos auf die zukünftige Ertragslage für gut beherrschbar.

5.5. Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass Zahlungsverpflichtungen im Zeitpunkt ihrer Fälligkeit nicht oder nicht vollständig erfüllt werden können (Liquiditätsrisiko im engeren Sinne), zusätzliche Refinanzierungsmittel nur zu erhöhten Marktzinsen beschafft werden können (Refinanzierungsrisiko) oder vorhandene Vermögenswerte nur mit Preisabschlägen verwertet werden können (Marktliquiditätsrisiko). Das Liquiditätsrisiko wird durch eine angemessene Liquiditätsvorsorge und eine ausgewogene Strukturierung der Fälligkeiten der Aktiva und Passiva gesteuert. Zur regelmäßigen Überwachung der Liquidität werden monatlich die Zahlungsmittel und Zahlungsverpflichtungen der Sparkasse mit Fälligkeit innerhalb des nächsten Jahres in der Liquiditätsübersicht gegenübergestellt. Zusätzlich wird die Streuung der Liquiditätsquellen mindestens vierteljährlich überprüft und werden die Liquiditätsressourcen der Sparkasse in der Liquiditätsliste erfasst. Zur täglichen Liquiditätsüberwachung wird ein Liquiditätsfrühindikator eingesetzt, der kurzfristige Geldaufnahmen dem Dispositionsspielraum im Bundesbankpfanddepot gegenüberstellt.

Die durch § 11 KWG in Verbindung mit der Liquiditätsverordnung und den MaRisk vorgegebenen Anforderungen über eine ausreichende Liquidität wurden zu jedem Zeitpunkt eingehalten. Im Hinblick auf die Ausstattung mit liquiden Mitteln, die erwarteten Liquiditätszuflüsse sowie die Kredit- und Refinanzierungsmöglichkeiten ist dies auch für die Zukunft gewährleistet. Die Liquiditätskennzahl (Quotient aus den liquiden Aktiva und den Liquiditätsabflüssen für den folgenden Monat) lag stets deutlich über dem erforderlichen Mindestwert von 1,0. Ferner werden zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften entsprechende Guthaben bei der Deutschen Bundesbank unterhalten.

Bei der Disposition der Eigenanlagen werden entsprechende Reserven berücksichtigt, die außergewöhnliche Liquiditätsabflüsse abdecken. Es wird auf eine ausgewogene Strukturierung der Fälligkeiten der Geldanlagen bei Kreditinstituten sowie auf die Liquidierbarkeit der eigengemanagten Wertpapiere geachtet. Des Weiteren bestehen umfangreiche Refinanzierungsmöglichkeiten bei der Deutschen Bundesbank.

Um mögliche Liquiditätsengpässe frühzeitig erkennen zu können, hat die Sparkasse ein Frühwarnsystem eingerichtet, welches Gefahrenquellen identifiziert und das Einleiten entsprechender Gegensteuerungsmaßnahmen ermöglicht.

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben. Auch unter Stressbedingungen ist das Liquiditätsrisiko für die Sparkasse gut beherrschbar.

5.6. Operationelle Risiken

Operationelle Risiken werden als Gefahr von Schäden verstanden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten.

Zur Steuerung der betrieblichen Risiken dienen Arbeitsanweisungen, Kontrollen und automatisierte Sicherheitsmaßnahmen. Eventuelle Schadensfälle sind zum Teil durch Versicherungen gedeckt. Rechtliche Risiken werden durch die sorgfältige Prüfung der Vertragsgrundlagen und den Einsatz von Standardverträgen reduziert.

Verhaltensrisiken, die durch Betrug, Irrtum oder Fahrlässigkeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern oder Dritten hervorgerufen werden, begegnet die Sparkasse mit angemessenen Kontrollsystemen, deren Funktionsfähigkeit laufend von den Führungskräften der jeweiligen Betriebsstellen überwacht und von der Innenrevision geprüft wird. Darüber hinaus wurden Versicherungen abgeschlossen, die gegebenenfalls eintretende Vermögensschäden weitgehend abfangen sollen.

Für technische Risiken hat die Sparkasse Notfallkonzepte entwickelt, die die Funktionsfähigkeit des Betriebsablaufs auch bei unerwarteten Ereignissen sicherstellen. Die Sparkasse Rheine setzt zudem eine vom DSGVO empfohlene Schadensfalldatenbank ein, in der Schadensfälle systematisch erfasst und regelmäßig ausgewertet werden. Es ist geregelt, dass bedeutende Schadensfälle im Sinne der MaRisk ad hoc berichtet und unverzüglich analysiert werden.

Die operationellen Risiken sind nach unserer derzeitigen Einschätzung und gemessen an den geringen Schäden der vergangenen Jahre für die künftige Entwicklung der Sparkasse von untergeordneter Bedeutung. Das vorgegebene Risikolimit von 0,3 Mio. EUR wurde jederzeit eingehalten.

Die Eigenmittelanforderungen für das operationelle Risiko werden nach dem Basisindikatoransatz gemäß §§ 270 - 271 SolvV ermittelt. Dabei wird der Durchschnitt der Bruttoerträge der letzten drei Jahre mit dem aufsichtsrechtlich vorgegebenen Prozentsatz von derzeit 15 % multipliziert.

6. Gesamtbeurteilung der Risikolage

Die Sparkasse nimmt am Risikomonitoring des SVWL teil. Die Erhebung erfolgt dreimal jährlich. Dabei werden die wichtigsten Risikomesszahlen auf Verbandsebene ausgewertet und die Entwicklungen beobachtet. Jede Sparkasse wird insgesamt bewertet und einer von drei Monitoringstufen zugeordnet. Die Sparkasse ist der besten Bewertungsstufe zugeordnet.

Die Risikotragfähigkeitsberechnungen zeigen ein angemessenes Verhältnis zwischen eingegangenen Risiken und vorhandener Risikodeckungsmasse. Die Risikotragfähigkeit war und ist gegeben. Die aus der Risikotragfähigkeit abgeleiteten Limite für die wesentlichen Risiken wurden im Jahr 2013 eingehalten. Risiken der künftigen Entwicklung, die für die Sparkasse bestandsgefährdend sein können, sind nach der Risikoinventur nicht erkennbar. Hinsichtlich der Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen verweisen wir auf die Darstellung in Abschnitt B. 4.1. Vermögenslage.

Insgesamt beurteilen wir unsere Risikolage unter Würdigung und Abschirmung aller Risiken als ausgewogen.

7. Bericht über die voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken (Prognosebericht)

Die nachfolgenden Einschätzungen haben Prognosecharakter. Insofern können die tatsächlichen künftigen Ergebnisse gegebenenfalls deutlich von den zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts getroffenen Erwartungen über die voraussichtlichen Entwicklungen abweichen. Die Planung erfolgt nach Jahresdurchschnittswerten auf der Grundlage des Betriebsvergleichs des Monats Dezember 2013.

7.1. Geschäftsentwicklung

Die Weltkonjunktur hat sich im Verlauf des Jahres 2013 stabilisiert. Auch im Euro-Raum war die wirtschaftliche Entwicklung insgesamt leicht aufwärtsgerichtet, wenn auch die Divergenzen zwischen den Mitgliedsstaaten weiterhin groß waren. Wir gehen davon aus, dass sich die positive Entwicklung in 2014 fortsetzen wird. Insbesondere aufgrund des Nachholbedarfs der Industrieländer wird mit einem moderaten Wachstum der Weltwirtschaft gerechnet. Zudem dürften die Reformen in den Krisenländern zunehmend Wirkung zeigen und so zu einer Stabilisierung des zuletzt verzeichneten Aufwärtstrends im Euro-Raum beitragen. Das erwartete zunehmende Expansionstempo in Deutschland wird zusätzlich Auftrieb geben. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung prognostiziert eine Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts von 1,6 %, das im Wesentlichen von binnenwirtschaftlichen Faktoren getragen werden dürfte. Insbesondere wird der private Konsum die gesamtwirtschaftliche Entwicklung stützen. Auch in den Bereichen der Ausrüstungs- und Bauinvestitionen, insbesondere beim privaten Wohnungsbau, sind deutliche Steigerungen zu erwarten.

Die Geschäftsaussichten in der Region werden nach einer Konjunkturumfrage der IHK Nord Westfalen überwiegend positiv eingeschätzt. Der IHK-Konjunkturklima Indikator ist zum Jahreswechsel auf 121 Punkte gestiegen und liegt damit deutlich über dem langfristigen Durchschnitt von 112 Punkten. Die Unterschiede zwischen positiven und negativen Einschätzungen nehmen jedoch zu. Vor allem in der Industrie und im Handel blickt man hoffnungsvoll in die Zukunft. Dennoch verlieren die Konjunkturrisiken nicht an Bedeutung und werden einem dynamischen Aufschwung im Wege stehen. Größte Bedeutung wird Risiken in den Bereichen der Energie- und Rohstoffpreise, der Inlandsnachfrage und den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen beigemessen.

Mit der Leitzinssenkung im November 2013 auf das Rekordtief von 0,25 % signalisierte die EZB ein langfristiges Beibehalten der Niedrigzinspolitik. Mit weiteren Zinsschritten der EZB wird nicht gerechnet. Lediglich Ende 2014 werden erste Zinsschritte der US-Notenbank erwartet. An den Rentenmärkten zeichnen sich leicht steigende Zinsen ab. Wir erwarten eine geringfügig steiler verlaufende Zinsstrukturkurve.

Aufgrund der erwarteten Entwicklungen rechnen wir für 2014 mit einem Anstieg im Kreditgeschäft von 2,0 %. Der Anteil der bilanziellen Forderungen an Kunden an der Bilanzsumme wird sich geringfügig verringern. Im gewerblichen Kreditgeschäft gehen wir von einem Wachstum von 2,4 % und im Kreditgeschäft mit Privatkunden von 2,0 % für 2014 aus. Das Wachstum im Bereich der Privatkunden wird im langfristigen Kreditgeschäft, insbesondere im privaten Wohnungsbau, erwartet.

Im Einlagengeschäft setzt sich der über Konditionen geführte Wettbewerb fort. Die Sparquote wird vor dem Hintergrund der erwarteten konjunkturellen Entwicklung voraussichtlich leicht abnehmen. Das vergangene Jahr hat jedoch gezeigt, dass die Sparkasse weiterhin als sicherer Hafen wahrgenommen wird. Im vergangenen Jahr waren hohe Mittelzuflüsse insbesondere im Bereich der Sichteinlagen zu verzeichnen. Vor diesem Hintergrund und mit der an den Kundenbedürfnissen ausgerichteten ganzheitlichen Beratung sowie dem umfassenden Produktangebot und der fortwährenden Marktbeobachtung erwarten wir für 2014 ein deutliches Wachstum der Kundengeldanlagen um 4,4 %.

Bei der Durchschnittsbilanzsumme erwarten wir aufgrund der vorgenannten Entwicklungen im Kredit- und Einlagengeschäft für das kommende Jahr einen Anstieg auf ca. 1.350 Mio. EUR.

Im Dienstleistungsgeschäft gehen wir für 2014 von einer Steigerung der Vermittlungserlöse um 0,3 Mio. EUR aus. Dieser Anstieg ist maßgeblich durch das Immobilienvermittlungsgeschäft geprägt. Dieses wird ab dem 01. Januar 2014 wieder als operatives Geschäftsfeld der Sparkasse geführt, nachdem es in den vergangenen Jahren über eine Tochtergesellschaft betrieben wurde. Auch im Wertpapier-, Versicherungs- und Bauspargeschäft sehen wir Marktpotenziale. Diese möchten wir durch einen ganzheitlichen Betreuungsansatz und hohe Beratungsqualität ausschöpfen und damit einen leichten Anstieg der Provisionseinnahmen erzielen.

Als Risiken im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse negativen Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Die Risiken liegen - neben den in der Risikoberichterstattung dargestellten unternehmerischen und banküblichen Gefahren - hauptsächlich im Nachlassen der weltwirtschaftlichen Dynamik. Die eingetretene Erholung im Euro-Raum baut noch auf unsicherem Fundament und die Folgen der europäischen Finanzkrise werden weiterhin zu spüren sein. Wesentliche Voraussetzung für eine weitere Stabilisierung wird die wirksame Umsetzung von Reformmaßnahmen in den Krisenländern sein. Sollte diese ins Stocken geraten und die Verunsicherung von Konsumenten und Unternehmen wieder zunehmen, besteht die Gefahr einer erneuten Rezession. Auch eine dauerhaft ausgeprägte Wachstumsschwäche in wichtigen Schwellenländern würde die Industrieländer nicht unberührt lassen. Ferner kann nicht ausgeschlossen werden, dass weitere Schocks im Finanzsystem die realwirtschaftliche Entwicklung beeinträchtigen können.

Als Chancen im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse positiven Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Chancen sehen wir vor allem in einer besser als erwartet verlaufenden Konjunktur aufgrund einer schnellen Erholung von der EU-Staatenfinanzkrise. Dies würde zu einer stärkeren Kreditnachfrage und einem Anstieg des Zinsüberschusses und somit auch zu einem höheren Betriebsergebnis vor Bewertung führen. Aufgrund einer besser als erwarteten Wirtschaftserholung dürfte sich das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft daraufhin leicht verringern, während auf der anderen Seite das Zinsniveau ansteigen und das Bewertungsergebnis Wertpapiere belasten könnte. Weiterhin sehen wir Chancen im Zinsbuch bei einer steileren Zinsstrukturkurve und einem anhaltenden relativ geringen Zinsniveau des Geldmarktes.

7.2. Finanzlage

Für das Jahr 2014 sind höhere Investitionen geplant als im Vorjahr. Die aus technischen und organisatorischen Gründen erforderlichen Ersatzinvestitionen werden berücksichtigt. Die Finanzierung des Wachstums im Kreditgeschäft erfolgt über die Kundeneinlagen. Sollten darüber hinaus weitere Mittel erforderlich sein, so stehen in ausreichendem Umfang eigene Wertpapiere für einen Aktivtausch zur Verfügung. Nach unseren Planungen wird die Liquiditätskennziffer durchgängig über dem in der Risikostrategie festgelegten Mindestwert von 1,5 % und somit auch über dem aufsichtsrechtlich geforderten Mindestwert von 1,0 % liegen.

7.3. Ertragslage

Die Entwicklung des Betriebsergebnisses vor Bewertung wird maßgeblich durch den Zinsüberschuss geprägt. Der Zinsüberschuss wird durch die Zinsentwicklung und die Zinsstruktur am Geld- und Kapitalmarkt maßgeblich beeinflusst. Zum Jahresende verläuft die Zinsstrukturkurve steil, jedoch auf weiterhin sehr niedrigem Niveau. An den Rentenmärkten zeichnet sich ein leichter Zinsanstieg insbesondere im langfristigen Bereich ab. Mit der Leitzinssenkung im November 2013 signalisierte die EZB jedoch, für längere Zeit an der Niedrigzinspolitik festhalten zu wollen. Es ist daher auch für das Jahr 2014 von einem ausgesprochen niedrigen Zinsniveau auszugehen. Chancen bestehen insbesondere in einer steileren Zinsstrukturkurve mit der damit verbundenen Möglichkeit, Erträge aus Fristentransformation zu erzielen. Eine Verflachung der Zinsstrukturkurve hätte dagegen schmälernde Auswirkungen auf den Zinsüberschuss der Sparkasse.

Aus den vorgenannten Effekten resultiert in Verbindung mit dem erwarteten Wachstum im Kredit- und Einlagenbereich für das kommende Jahr per Saldo voraussichtlich ein moderater Anstieg des Zinsüberschusses um 1,5 Mio. EUR auf 28,8 Mio. EUR auf Basis von Betriebsvergleichszahlen.

Im Provisionsüberschuss gehen wir für das nächste Jahr von einem Anstieg der Erträge um 0,3 Mio. EUR aus, insbesondere durch die Wiedereingliederung des Immobilienvermittlungsgeschäfts in die Sparkasse. Zudem rechnen wir auch im Kundenwertpapier-, im Versicherungs- und im Bauspargeschäft mit leicht steigenden Erträgen.

Die Verwaltungsaufwendungen auf Basis des Betriebsvergleichs werden nach unseren Planungen um 1,9 Mio. EUR auf 20,0 Mio. EUR im Jahr 2014 steigen. Die Übernahme von Mitarbeiterinnen aus der Immobilien-Zentrum Rheine GmbH Stadtparkasse Rheine schlägt sich hier maßgeblich nieder. Beim Personalaufwand resultiert daraus in Verbindung mit kalkulierten Tarifabschlüssen bei einem ansonsten unveränderten Personalbestand eine Steigerung auf Basis von Betriebsvergleichszahlen von 1,3 Mio. EUR auf 13,2 Mio. EUR im Jahr 2014. Auch der Sachaufwand wird vor diesem Hintergrund deutlich um 8,9 % zunehmen. Auf Basis des Sparkassen-Betriebsvergleichs planen wir unter den vorgestellten Annahmen für das Jahr 2014 mit einem Betriebsergebnis vor Bewertung von rund 1,10 % der jahresdurchschnittlichen Bilanzsumme von ca. 1,3 Mrd. EUR.

Infolge der positiven wirtschaftlichen Entwicklung im Euro-Raum und wegen des unverändert niedrigen Zinsniveaus haben wir derzeit ein leicht positives Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft in Höhe von 0,5 Mio. EUR. Für das Jahr 2014 ist das Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft nur mit großen Unsicherheiten zu prognostizieren. Vor dem Hintergrund der erwarteten weiteren konjunkturellen Stabilisierung im Euro-Raum und der moderat positiven Erwartungen für die deutsche Wirtschaft gehen wir bei einem unverändert niedrigen Zinsniveau von einem gleichbleibend leicht positiven Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft aus. Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft liegt zum Jahresende 2013 mit einem positiven Wert von 0,6 Mio. EUR auf einem historisch niedrigen Niveau. Die in der Planung berücksichtigte, als gleitender 10-Jahresdurchschnitt ermittelte langfristige Ausfallquote hat sich damit noch einmal leicht verbessert. Bezogen auf das Kundenkreditvolumen planen wir demnach für das kommende Jahr einen Bewertungsbedarf in Höhe von -0,8 Mio. EUR. Besondere Risiken werden nicht erwartet. Den Risiken steht ein ausreichendes Risikodeckungspotenzial gegenüber. Mittels aktivem Kreditrisikomanagement sind wir bestrebt, erkannte Risiken zu mindern und neue Risiken zu vermeiden.

Die künftigen Gewinne der Sparkasse werden durch die Ansparleistungen für die indirekte Haftung für die "Erste Abwicklungsanstalt" in den nächsten Jahren mit durchschnittlich 0,6 Mio. EUR pro Jahr belastet.

Aufgrund der regulatorischen Verschärfungen für die Finanzwirtschaft (Vereinheitlichung der Einlagensicherung, Basel III-Regelungen) können sich Belastungen auf die Ergebnis- und Kapitalentwicklung der Sparkasse ergeben.

Die Sparkasse richtet sich an den in der „Geschäftsstrategie der Sparkassen“ des DSGV definierten Zielgrößen (u.a. Eigenkapitalrentabilität und Cost-Income-Ratio) aus. Für 2014 erwarten wir gemäß dieser Definition eine Eigenkapitalrentabilität von 10,4 %. Diese liegt deutlich oberhalb des in der DSGV-Strategie genannten Orientierungswerts. Bei der CIR erwarten wir für 2014 auf Grund der beschriebenen Entwicklung der Aufwands- und Ertragsgrößen ein Verhältnis von 58,1 %. Das strategische Ziel von max. 60 % würde damit weiterhin eingehalten.

Bei der prognostizierten Entwicklung der Ertragslage ist eine angemessene Eigenkapitalzuführung gesichert. Das geplante Wachstum kann mit einer weiterhin soliden Eigenkapitalausstattung dargestellt werden.

Der intern festgelegte Mindestsolvabilitätskoeffizient in Höhe von 9,2 %, der über dem aktuell vorgeschriebenen Mindestwert nach der SolvV von 8,0 % liegt, wird mit einem Wert von zurzeit 19,19 % deutlich überschritten. Dies bietet eine hinreichende Grundlage für künftiges qualifiziertes Kreditgeschäft.